

8 Dringlichkeitsanträge

Bgm.ⁱⁿ **Kahr**:

Damit wird die Tagesordnung unterbrochen und wir kommen nun zu den dringlichen Anträgen, wie es die Geschäftsordnung vorsieht.

8.1 Verkehrsstrategie für Graz und Verkehrskonzept für das Uni-Viertel (CO GRⁱⁿ Daniela Gmeinbauer, ÖVP)

CO GRⁱⁿ **Gmeinbauer**:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, liebe Stadtregierungsmitglieder, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörer:innen im Livestream. Es geht um unser leidiges Verkehrsthema in Graz. Es geht um die Frage, um soziale Gerechtigkeit ebenso wie um eine gerechte Aufteilung des öffentlichen Raums, es geht um ökologische und wirtschaftliche Verträglichkeit von Maßnahmen und um das ständige Evaluieren und Implementieren technischer Innovationen. Unsere Vizebürgermeisterin hat heute im Rahmen unserer Budgetdebatte bereits angesprochen, dass es dahingehend noch weitere Maßnahmen geben wird, nämlich den öffentlichen Raum weiterhin für Fußgänger, für Radfahrer und für den öffentlichen Verkehr zugänglicher zu machen, weil sie hier ein hohes Aufholungspotential sieht. Dagegen ist ja nichts einzuwenden und dafür tritt auch die ÖVP nach wie vor ein, dass eben dieser Raum, wie gerade angesprochen, gerecht verteilt wird. Es sollten alle Verkehrsteilnehmer einen Schritt aufeinander zugehen, um diesen öffentlichen Raum auch sinnvoll gestalten zu können, dass wir hier in unserer Innenstadt weiterhin das Thema Wirtschaft, Tourismus und den Bewohner:innen und Besucher:innen gerecht zugänglich machen können. Das wiederum erfordert eine offene, ehrliche und umfangreiche Diskussion und Kommunikation, die wir bedauerlicherweise schwer vermissen. Wir haben kürzlich angeregt diskutiert über die Zinzendorfgasse, das Thema möchte ich heute nicht mehr

ansprechen, jedoch erlaube ich mir, die Marburger Straße anzusprechen, die zukünftig auch noch ein großes Konfliktpotential für uns darstellt. Denn dort sind auch nur jene Damen und Herren zu Wort gekommen, die eben für diese zukünftige Fahrradstraße sind und alle anderen, die dort in diesem Umfeld weiterhin vielleicht motorisiert oder mit dem PKW hinfahren müssen, müssen ums Eck fahren. Nein, können sie nicht, liebe Frau Vizebürgermeisterin, ja, alles klar, ich freue, wenn wir das auch weiterhin diskutieren dürfen. Ich behaupte gar nichts Falsches, ich behaupte nur das, was uns von dort mitgeteilt wird und meine Kollegin Sissi Potzinger hat dort angeregte Gespräche geführt. Ich möchte diese fehlende Diskussion und Kommunikation und wie man jetzt merkt, im Regelfall kommt es zu Missverständnissen, eben neuerlich hier hereinbringen und möchte nicht damit den Widerstand einer gewissen Gruppe aufzeigen, sondern einfach, dass es keinen Diskurs gibt, wo jeder zu Wort kommen kann, auch wenn du immer behauptest, dass alle zu Wort kommen können. Ansonsten wäre ja jetzt mein dringlicher Antrag auch obsolet, wenn wir uns alle wohlfühlen bei deiner Verkehrsstrategie, und das ist es aber nicht. Ich möchte weiterhin nachträglich einfordern, dass zu deinen Maßnahmen, deine Parkplatzsituation, wo du uns fast 14-tägig Parkplätze streichst, ob es jetzt zum einen für Fußgänger ist oder zum anderen für den Baumschutz ist, genau, so wie in der Zollamtsgasse, möchte ich aufgreifen, dass du für keinen dieser bisherigen Parkplätze, die weggekommen sind und auch in den nächsten Wochen noch wegkommen werden, keine einzige Maßnahme angeboten hast, um diesen Parkraum durch eine Hoch- oder Tiefgarage, die in irgendeiner Vision für diese Periode vorschwebt, anbieten zu können. Es wird auch für Pendlerinnen und Pendler seit Anbeginn dieser Periode, und das wurde ja in der Vorperiode von den Regierungspartnern bereits angekauft und in Aussicht gestellt, dass wir Park & Ride am Murpark weiterhin ausbauen, weil dieser Parkplatz einfach den Zenit erreicht hat und wir hier wissen, dass es weiterhin viele Einpendler gibt, die dieses Platzangebot benötigen. Von da her ist es einfach für uns eine unzufriedenstellende Situation und wenn ich jetzt auch das Univiertel hernehme, wo es einmal geheißen hat, es wird für die Bewohnerinnen und Bewohner dort eine Anrainergarage geben, dann wurde diese Anrainergarage wieder abgesagt. Jetzt heißt

es, die Menschen die dort wohnen, können ruhig 900 Meter ihren Einkauf nach Hause schleppen. Da muss man schon auch vorausschicken, dass es manche gibt, die eben keine 900 Meter mehr mit Einkaufslast vor die Haustüre gehen können. Und ich möchte auch darauf hinweisen, dass ja weitere Parkplätze im Univiertel aufgrund der Baumaßnahmen verschwinden werden und da wirst du uns wahrscheinlich auch wieder sagen, dann sollen die halt draußen in Mariatrost parken und dann zurückgehen, wo auch immer sie wohnen. Also ich finde, diese saloppe Formulierung kann man den Menschen nicht so zumuten, sondern man muss ihnen zuhören und, wie gesagt, man muss auch dort und da Alternativen für weggekommenen Parkraum anbieten können. So kann dein Verkehrskonzept sich nicht ausgeben in unserer wunderbaren Stadt und wie gesagt, auch wir Autofahrer sind willens, natürlich einen Schritt darauf zuzugehen und wir jammern nicht um jeden weggekommenen Parkplatz, sondern wünschen uns einfach Alternativen. Und wenn heute schon angesprochen wurde, es muss alles grüner werden, wir müssen noch mehr Bäume pflanzen, wir gehen alle zu Fuß, wir fahren alle mit den Öffis, das kann sich nicht für jeden Menschen von uns in dieser Stadt ausgeben und es gibt auch Lebenssituationen, wo man halt einmal mit dem Auto fahren muss und dann muss ich aber auch gut von A nach B kommen und kann nicht nur in einer Stausituation mich in dieser Stadt bewegen. Von daher darf ich diesen dringlichen Antrag einbringen und darf schwer dafür plädieren, dass die zuständige Verkehrsstadträtin gebeten wird, ein Gesamtkonzept für die Verkehrsstrategie, die wir neuerlich einfordern, für die kommenden Jahre vorzulegen, und dieses Gesamtkonzept hat auf jeden Fall zu enthalten, wie schon angesprochen: die geplante Anzahl der Park & Ride-Garagen bzw. Parkflächen in Graz.

Die Anzahl der noch geplanten Streichungen von bewirtschafteten Parkflächen.

Die Anzahl der dafür vorgesehenen Ersatzmaßnahmen, wie angesprochen.

Die Anzahl und Standorte der geplanten Grünen Meilen, auch wenn du sie heute schon ausgeführt hast und die Anzahl der Standorte der geplanten Baumschutzmaßnahmen bei öffentlichen Parkplätzen, weil das ist ja jetzt ein neues Steckenpferd. Und ich bitte, ein Konzept für das Univiertel bis Juni im Gemeinderat vorzulegen und bitte darin inhaltlich um die nochmalige Prüfung der Anrainergarage unter Beteiligung der Karl-

Franzens-Universität Graz bzw. bitte ich um eine klare Kommunikation, welche Parkplätze in der Umgebung bis Ende der Periode gestrichen werden und welche Ersatzmaßnahmen dafür ergriffen werden. Vielen herzlichen Dank. (Appl.)

Originaltext des Dringlichkeitsantrages:

Der Verkehr bleibt ein viel diskutiertes Thema in unserer Stadt. Die Verkehrsproblematik wird nicht nur in Graz im Spannungsfeld zwischen nachhaltiger Entwicklung und gesellschaftlicher Notwendigkeiten, ökologischen Überlegungen und radikalen Einschränkungen des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens und nicht zuletzt zwischen rigiden verkehrspolitischen Standpunkten von Verantwortungsträgerinnen und -trägern und den Bedürfnissen und Wünschen der breiten Bevölkerung und der Anwohnerinnen und Anwohner verhandelt.

Es geht in dieser Frage um soziale Gerechtigkeit ebenso, wie um eine gerechte Aufteilung des öffentlichen Raums. Es geht um die ökologische und wirtschaftliche Verträglichkeit von Maßnahmen und um das ständige Evaluieren und Implementieren technologischer Innovationen. Es geht um die Berücksichtigung von veränderten Bedingungen in gesellschaftspolitischen Fragen der Arbeit, des Wohnens, der Pflege und Kinder- wie Altenbetreuung und des Einkaufsverhaltens.

Vor allem aber muss es dabei um das Miteinander, das gedeihliche Auskommen aller Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmern gehen.

Das wiederum erfordert eine offene, ehrliche und umfangreiche Diskussion und Kommunikation über und der Beweggründe für politische Entscheidungen und deren Vollzug, die von den unmittelbar betroffenen Grazerinnen und Grazern mitgetragen werden müssen.

Denn die Anerkennung und Legitimität von Maßnahmen durch die Mehrheit der Bevölkerung und damit deren gesellschaftliche Akzeptanz erfolgt eben dann, wenn sie rational, konsistent und nachvollziehbar sind. Sind sie das nicht, fehlen diese Diskussion und Kommunikation, wird es im Regelfall zu Unverständnis, Widerstand und einer Polarisierung der Bevölkerung kommen.

Etwas, das wir derzeit intensiv in Graz erleben!

Anrainerinnen und Anrainer fühlen sich ungehört, im Stich gelassen, sie haben das Gefühl, dass man „über sie drüberfähre“. Dieses Gefühl wird erzeugt, in dem man Menschen vor vollendete Tatsachen stellt, Versprechungen und Zusagen entweder widerruft oder abschwächt, Ideologie vor Bürgerinnen- und Bürgerbedürfnissen stellt und sie wie Bittsteller behandelt.

So fühlen sich zumindest viele Anwohnerinnen und Anwohner des „Uni-Viertels“, welchen man in sukzessiven Schritten immer mehr Parkmöglichkeiten nimmt, eine zugesagte Anwohnerinnen- und Anwohner-Garage einmal zu- dann absagt und welchen man dann auch noch nonchalant die Sorgen abspricht.

So fühlen sich Familien und Wirtschaftstreibende, die in der Innenstadt ansässig sind, wenn ihnen plötzlich erklärt wird, ihr „Auto ist zu fett“ und man sie deshalb in Zukunft noch kräftiger zur Kasse bittet.

So fühlen sich Menschen, die nach einem langen Arbeitstag stundenlang auf der Suche nach einem Parkplatz durch ihren Bezirk kreisen, obwohl man ihnen sagt, es gäbe doch genug davon.

So fühlen sich betagte, kranke oder körperlich beeinträchtigte Personen, denen man ausrichtet, ihren Einkauf 900 Meter vom Auto zu ihrer Wohnung zu schleppen, sei doch wirklich zumutbar.

So fühlen sich Menschen, die bereit sind, teuer Tiefgaragenplätze zu mieten, obwohl ihnen gesagt wird, es stünden ja ohnehin genug auf der Straße zur Verfügung.

So fühlen sich Pendlerinnen und Pendler, die seit geraumer Zeit auf den seit 2019 geplanten Ausbau der überfüllten Park-&-Ride Anlage am Murpark warten.

Diese Auflistung zeigt nur exemplarisch, wie unzufrieden die Grazerinnen und Grazer mit der derzeitigen Verkehrspolitik sind, die von der Verantwortlichen mit vermeintlicher moralischer Überlegenheit über den motorisierten Individualverkehr ohne Rücksicht, ohne Feingefühl und ohne den Blick auf den Zusammenhalt der Grazerinnen und Grazer durchgezogen wird.

Wir fordern als Grazer Volkspartei daher einmal mehr ein faires Miteinander im Verkehr, ein schlüssiges, fundiertes und evaluierbares Gesamtkonzept für den Grazer Verkehr, das Mitnehmern aller Verkehrsteilnehmer:innen hin zur sanften Mobilität ohne Zwang, ohne nicht hinnehmbare, schikanöse Unzumutbarkeiten gegenüber Menschen, die auf ihr Auto aus verschiedenen Gründen angewiesen sind.

Wir fordern den Grazer Verkehrspakt!

Verkehrspolitische Entscheidungen, wie sie derzeit getroffen und umgesetzt werden, sind im hohen Maße abseits parteipolitisch motivierter, ideologischer Auffassungen begründungsbedürftig, um breite gesellschaftliche Akzeptanz, Verständnis und sozialen Frieden zu bewahren und zu erreichen.

Um diese Basis herzustellen, stelle ich namens des Gemeinderatsclubs der Grazer Volkspartei folgenden

dringlichen Antrag:

Die für Verkehrsagenden zuständige Vizebürgermeisterin Mag.^a Judith Schwentner wird aufgefordert,

- 1. ein Gesamtkonzept für die Verkehrsstrategie der kommenden Jahre bis zur GR-Sitzung im September heurigen Jahres vorzulegen. Dieses Gesamtkonzept hat auf jeden Fall zu enthalten:*
 - a) Anzahl der geplanten Park-&-Ride-Anlagen in Graz.*
 - b) Anzahl der geplanten Streichungen von bewirtschafteten Parkplätzen.*
 - c) Anzahl der dafür vorgesehenen Ersatzmaßnahmen.*
 - d) Anzahl und Standorte der geplanten Grünen Meilen.*
 - e) Anzahl und Standorte der geplanten Baumschutzmaßnahmen bei öffentlichen Parkplätzen.*

2. *ein Konzept für das Uni-Viertel bis zum Juni vorzulegen. Dieses Konzept hat auf jeden Fall zu beinhalten:*

- a) *Nochmalige Überprüfung der Anrainer:innengarage unter Beteiligung der Karl-Franzens-Universität Graz.*
- b) *Klare Kommunikation, welche und wie viele Parkplätze in der Umgebung bis zum Ende der Gemeinderatsperiode gestrichen werden.*
- c) *Welche Ersatzmaßnahmen dafür ergriffen werden.*

GR Mag. **Winter:**

Hoher Gemeinderat, werte Stadtregierung, werte Frau Kollegin Gmeinbauer. Sehr, sehr viele richtige Dinge werden in diesem Antrag ausgesprochen. Wir müssten uns grundsätzlicherweise alle einig sein, dass wir eine gerechte, eine faire Aufteilung vom öffentlichen Raum anstreben sollten. Wir brauchen ein Miteinander bei dieser gesamten Thematik und nur wenn es dieses Miteinander gibt, wird es auch möglich sein, dass diese Verkehrskonzepte von der Mehrheit, im besten Fall von der großen Mehrheit, auch mitgetragen werden. Volle Zustimmung hinsichtlich dieses Gesamtkonzepts, das dem Grazer Gemeinderat tunlichst vorgelegt werden muss und natürlich auch hinsichtlich dem Univiertel, und die Zinzendorfgasse ist ja ein Teil des Univiertels, das Problem lässt sich nicht leugnen. Bei einer Diagnose gehe ich leider nicht mit. Da heißt es im Motiventext, es gäbe Unverständnis, Widerstand und Polarisierung in der Bevölkerung. Also von meiner Diagnose aus gibt es dieses Unverständnis, diesen Widerstand und diese Polarisierung in dieser Linksregierung und federführend natürlich von der Frau Vizebürgermeisterin Schwentner, das muss man einmal so festhalten in dem Zusammenhang. Weil wir brauchen uns nur die Budgetrede anhören. 17-mal ist das Wort, in irgendeiner Form, Klima erwähnt worden, es gibt ein klares Feindbild, das Feindbild individualisierter und motorisierter Individualverkehr, Entschuldigung, das ist das klare Feindbild und dieses Projekt wird, wie es nur geht, umgesetzt. Wenn Parkplätze fallen, ist das scheinbar mehr als

begrüßenswert in dieser Sichtweise, wenn die Anrainer auf der Strecke bleiben, ist das scheinbar auch mehr als begrüßenswert, es werden die ideologischen Projekte beinhaltet durchgezogen, was der Bürger für Interessen hat, das interessiert leider niemanden in dieser linken Stadtkoalition. Am besten, es fahren alle mit dem Lastenrad, idealerweise vielleicht noch mit dem Einrad, weil dann gibt es weniger Reifenabrieb. Ist alles möglich, mit der Realität hat das leider heute nichts zu tun. Und dann ist immer wieder auch das Wort der Bürgerbeteiligung, angeblich bindet diese Linkskoalition ja die Bürger maßgeblich ein. Der Kollege Pascuttini hat am 19. Jänner einen Fragenkatalog von der Bürgerinitiative, die sich in der Zinzendorfgasse gebildet hat, bekommen, haben Sie bekommen, das freut mich. Wissen Sie, was Sie nicht gemacht haben, Sie haben keine dieser Fragen bis zum heutigen Tag beantwortet, und das ist die Bürgerbeteiligung, die in Wirklichkeit die Realität ist, Bürgerinteressen interessieren Sie null, die Menschen interessieren Sie null, die Anrainer interessieren Sie null, Sie wollen Parkplätze streichen und das ist Ihr Ziel.

Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a **Schwentner** (Korrektur):

Wir können gerne sachlich über Inhalte reden und wahrscheinlich trennt uns einiges. Das Klima ist ein Faktum, aber bitte trotzdem sachlich bleiben und bitte lassen Sie diese Unterstellungen, ich würde nicht mit den Bürger:innen reden. Und Sie können es noch so oft wiederholen, ÖVP, FPÖ und wie sie jetzt alle heißen, ich rede mit den Bürger:innen und genau diese 19 Fragen wurden beantwortet von mir und ich kenne die Personen, von denen Sie sprechen und von denen diese Mails kommen und die Fragen, und die bekommen von mir Antworten. Bitte unterlassen Sie das endlich.

GR Mag. **Winter** (zur Richtigstellung):

Werte Frau Vizebürgermeisterin. Ich weiß nicht, welche Fragen Sie bekommen haben. Fakt ist, dass der Kollege Pascuttini am 19. Jänner an die Frau Bürgermeisterin einen Fragenkatalog von insgesamt 32 Fragen überreicht hat, keine davon ist beantwortet

worden. Sie müssen sich nicht angesprochen fühlen, Frau Bürgermeisterin, wenn Sie gar nicht angesprochen sind.

*Diskussion zwischen Bgm.ⁱⁿ **Kahr** und GR Mag. **Winter**:*

Aber Sie haben die Frau Vizebürgermeisterin genannt.

Bgm.ⁱⁿ Kahr:

Dann muss ich nur, damit überhaupt ein Zuhörer noch sich auskennt. Im Rahmen von Gemeinderatssitzungen kann jede Gemeinderatsfraktion Anfragen an die Bürgermeisterin stellen, auch wenn sie nicht ressortzuständig ist, wird dann weitergeleitet an die Fachabteilungen zur Beantwortung der Fragen. Das heißt, diese Anfrage ist von uns vom Präsidialamt weitergeleitet worden mit dem Ersuchen, diese Fragen zu beantworten und diese Fragen werden auch beantwortet werden, aber 32 Fragen, mit Verlaub, ich kenne unsere Kollegen und Kolleginnen alle in unseren Fachabteilungen, die haben tausend Sachen zu tun, die können das nicht immer von einer Minute auf die andere machen. Und jeder, der einmal Ressortverantwortung gehabt hat, wird das auch bestätigen können. Das heißt, die sind nicht unbeantwortet, sondern die sind eh noch in Beantwortung. Es gibt eine 3-Monatsfrist, wie Sie wissen, zur Beantwortung, die ist noch nicht vorbei und Sie werden diese Antworten schon bekommen.

GR Mag. Dr. Kozina-Voit:

Kommen wir wieder zum großen Ganzen. Liebe Kollegin Gmeinbauer, du hast von der gerechten Aufteilung gesprochen, von sozialer Gerechtigkeit, von mehr Miteinander, das hat auch der Kollege Winter wieder zitiert. Und wenn ich mir dann noch anschau, was in dem dringlichen Antrag vorkommt, da geht es um Park & Ride und bewirtschaftete Parkplätze, um Ersatzmaßnahmen, das sind neue Parkplätze, da geht

es einmal um Grüne Meilen, das haben wir heute schon abgehandelt, dann geht es wieder um Baumschutzmaßnahmen bei Parkplätzen, dann geht es um Anrainer:innengaragen, Parkplätze in der Umgebung und Ersatzmaßnahmen, das heißt es sind wieder Parkplätze gemeint. Das heißt, das ganze Miteinander, es geht eigentlich immer nur um Autos. Bei uns geht es darum, wenn wir von Ersatzmaßnahmen sprechen, wir wollen ja Verkehr woandershin verlagern, wir wollen Verkehr vermeiden, das heißt, wir wollen, dass Menschen, die bisher mit dem Auto unterwegs waren, in Zukunft Möglichkeiten haben, sicher und bequem mit dem Fahrrad, zu Fuß oder mit dem öffentlichen Verkehr zu fahren. Was bisher nicht geht, weil ganz viele Eltern zum Beispiel ihre Kinder nicht mit dem Fahrrad in die Schule fahren lassen, weil es ihnen zu unsicher ist, da haben wir zum Beispiel gerade bei der Marburger Straße ein großes Thema, die führt nämlich direkt zum Schulzentrum St. Peter und da hinten sind viele große Siedlungen, wo viele Eltern wohnen, wo viele Kinder wohnen, und wenn das eine Fahrradstraße wird, dann werden die Eltern ihre Kinder dort auch mit dem Fahrrad fahren lassen. Das heißt, es sind ganz konkret Maßnahmen, die den Autoverkehr reduzieren und wo wir dann wirklich auch die Wirkungen an diesen Stellen sehen. Sie sagen auch oft, es ist dann nicht so verständlich warum; dass das dann irgendwie ideologisch ist, das ist die Realität bitte, wenn man sich den letzten IPCC-Bericht durchliest, wir steuern auf drei Grad Erwärmung bis Ende des 21. Jahrhunderts zu, also ich weiß nicht, in welcher Realität der Herr Winter da lebt. Aber das ist die Realität, in der wir alle sind und da müssen wir adäquat reagieren und im Verkehr haben wir nun einmal die größten Hebel als Stadt, wo wir etwas dagegen tun können. Also wir kriegen viele Rückmeldungen, die das verstehen, die das unterstützen, was wir machen, und es gibt natürlich eine kleine Gruppe, die sehr laut schreit, die da dagegen ist, uns sind da auch Mails weitergeleitet worden, da steht wortgemäß drinnen bitte von dieser Gruppe: „Es geht uns darum, den nächsten Wahlausgang zu unseren Gunsten zu verändern“. Und jetzt greifen wir das, ÖVP oder KFG, natürlich gerne auf, euch kommt das natürlich recht, ihr lasst euch da ein bisschen vor den Karren spannen, das verstehe ich. Wenn du von Missverständnissen redest, habe ich das Gefühl, die werden absichtlich herbeigeführt,

das ist reiner Populismus auf Kosten zukünftiger Generationen und deshalb inhaltlich aus meiner Sicht echt keine Substanz, sorry. *(Appl.)*

Noch kurz zum Univiertel: Ich meine, dass man da umfassende Beteiligung gemacht hat, umfassender als je zuvor unter einem Bürgermeister Nagl, das haben wir jetzt echt mehrfach festgestellt. Es gibt jetzt bei der Uni auch ein Konzept, die Uni erstellt ein Konzept, weil die Uni selber ist natürlich für sehr viel Verkehr in diesem Bereich verantwortlich und die Uni selber hat auch ein Interesse daran, keine Garage bauen zu müssen, sondern dass die Studierenden, dass die Mitarbeiter:innen zu Fuß, mit dem Fahrrad oder mit dem öffentlichen Verkehr möglichst nachhaltig dort hinkommen. Und was das Gesamtkonzept betrifft, ihr wart alle da, Juli 2022, Beschluss im Gemeinderat, Mobilitätsstrategie 2040 der Stadt Graz, einstimmig beschlossen, habe ich mir dazugeschrieben. Phase 1, Überarbeitung der verkehrspolitischen Leitlinien, passiert gerade. Phase 2, Überarbeitung der Ziele (Messgrößen), passiert gerade. Da gibt es eine Stakeholder-Beteiligung im Mai 2023, da werden die Bezirksvertretungen eingebunden sein, da wird die Zivilgesellschaft und alle anderen wesentlichen Stakeholder eingebunden sein und darauf wird dann ein Maßnahmenprogramm basieren, das Mitte 2024 beschlossen werden soll. Das heißt, wir machen das jetzt eigentlich schneller, als das da drinnen gefordert wird und auch in höherer Qualität. Weil da geht es eben nicht nur um die Autos, nicht nur um die Parkplätze, sondern wirklich um die Menschen, dass die gut von A nach B kommen in der Stadt, insofern machen wir das sowieso, deswegen werden wir da jetzt der Dringlichkeit bzw. auch dem Inhalt des Antrags nicht zustimmen, sondern werden das machen, was ohnehin geplant ist. In diesem Sinne danke für die Aufmerksamkeit. *(Appl.)*

GRⁱⁿ Potzinger:

Ich habe an und für sich kein Rederecht zum Antrag, aber es geht um eine tatsächliche Berichtigung. Werte Mitglieder der Stadtregierung und des Gemeinderates, geschätzte Antragstellerin. Ganz kurz zu meinem Vordredner eine tatsächliche Berichtigung.

Ich wohne in St. Peter, ich kenne die Marburger Straße, es handelt sich hier um einen Abschnitt von 800 Meter, nicht die Marburger Straße, weil die besteht zum Beispiel auch zwischen Theodor-Storm-Straße und Hubertusstraße, und die führt nicht direkt zum Schulzentrum St. Peter, sondern dieser Abschnitt führt zur Brucknerstraße, dann muss man die Brucknerstraße hinauffahren, dann muss man über die Petersgasse fahren, um zum Schulzentrum zu gelangen. Bitte sich genauer zu informieren. Es führt nicht die Marburger Straße direkt zum Schulzentrum, wollte ich tatsächlich berichtigen. Die Marburger Straße laut Stadtplan der Stadt Graz führt nicht direkt zum Schulzentrum St. Peter und im Übrigen, Frau Vizebürgermeisterin, freue ich mich über einen konstruktiven Dialog, ich darf mitteilen die täglich erhaltenen Beschwerden von Anrainer:innen, die überhaupt nicht in diesem Entscheidungsprozess eingebunden wurden bisher, zum Beispiel auch eine Tagesmutter aus der Nußbaumerstraße oder wen immer, es wird da sicher Gelegenheit geben. Bitte höflich um den Dialog, für den die Grünen ja an und für sich berühmt sind, man sollte eine konstruktive Lösung finden, mit der alle, die dort leben und arbeiten, gut leben können. Danke. *(Appl.)*

Bgm.ⁱⁿ Kahr:

Danke für die Berichtigung, ich glaube, dass es Sinn macht, einfach sich kurz zusammensetzen, um sich einfach die Führung genau anzuschauen, wie es möglich ist, das entspräche dem Dialog.

GR Mag. Dr. Kozina-Voit:

Darf ich nochmal berichtigen?

Bgm.ⁱⁿ Kahr:

Nein, man muss sich zusammensetzen. Man muss es wirklich auf einem Plan sehen. Wenn es jemand hinterfragt und jetzt so nicht glaubt, muss man es einfach sehen.

Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a **Schwentner:**

...Folder von der Verkehrsplanung, der wurde in der gesamten Umgebung an alle Anrainerinnen und Anrainer verteilt, den haben alle bekommen in der Umgebung, es war die Verkehrsabteilung in der Bezirksversammlung und hat dort berichtet, also eigentlich wissen alle vor Ort Bescheid, aber wir können gerne weiterreden, wenn es noch Unklarheiten gibt.

Bgm.ⁱⁿ **Kahr:**

Danke für das Angebot.

*Zwischenruf GRⁱⁿ **Potzinger:** Es gab keine Bezirksversammlung, die Anrainer waren nicht eingeladen. Das war eine Bezirksratssitzung.*

CO GRⁱⁿ **Gmeinbauer:**

Lieber Herr Gemeinderatskollege Kozina. Dankeschön für deine Information, Aufklärung und zukunftsweisende Information. Wir freuen uns natürlich auf dieses Gesamtkonzept und sind gespannt, ob die von uns gewünschten und erbetenen Leitpunkte auch daran sich irgendwo wiederfinden. Es geht nicht nur um Parkplätze, so wie es du aufgezählt hast, sondern es geht um Alternativen, die auch für diese Gruppe möglich ist in ihrem Alter, in ihrem Berufsleben. Und ich möchte nur einmal bitte das sagen dürfen, wir leben in der zweitgrößten Landeshauptstadt, hier leben 300.000 Menschen, Erwachsene, Kinder, Menschen mit Beeinträchtigungen, eine ganz eine große Seniorengruppe und für alle passt euer stures grünes ohne Parkplätze ausgerichtetes Visionsbild bedauerlicherweise nicht und deswegen braucht es auch ein Regulativ, das immer wieder daran erinnert, die Autos können sich nicht in Luft auflösen und es gibt Menschen, die kein Auto haben und trotzdem mit eurem Angebot nicht glücklich sind, weil es einfach nicht passt. Und deswegen werden wir nicht müde

werden, das einfach einzufordern, dass man dort und da, und es geht nicht nur um Alternativen zum Auto, sondern um das Gesamtkonzept und die Ausrichtung, wie es in dieser Stadt in zwanzig Jahren dahingehend ausschaut und ihr könnt einmal die Straßen nicht verbreitern, weil da waren ganz viele andere vor uns da in den letzten Jahrzehnten und haben diesen Stadtkern und die Bezirke dahingehend ausgerichtet. Man kann nicht alles vom Tisch räumen und neu aufsetzen, das geht halt einmal nicht und da bitte ich einfach um Berücksichtigung und nicht immer hinhauen auf die Autos und dass wir einfordern einfach nur Alternativen für die Parkplätze. Es geht um ein Miteinander, wo ein jeder berechtigt sein sollte, und deswegen arbeiten und setzen wir uns ja ein hier im Gemeinderat, dass man auch seine Vision und Perspektiven einbringen darf. Danke. (Appl.)

Die Dringlichkeit wurde abgelehnt (gegen ÖVP, KFG, FPÖ, Lohr).

8.2 Maßnahmenpaket für die durch die Baustelle der Innenstadt-Entlastungsstrecke betroffenen Bewohner:innen, Betriebe und Besucher:innen (CO GRⁱⁿ Daniela Gmeinbauer, ÖVP)

CO GRⁱⁿ **Gmeinbauer:**

Das eine schließt das andere nicht aus. Wir haben die größte Verkehrsbaustelle in unserer Innenstadt, der eine oder andere von euch ist vielleicht schon einmal im Stau gestanden. Es kommt zu Staubildungen, und die möchte ich jetzt aber nicht vorrangig erwähnen, aber Baumaßnahmen stellen die Innenstadt und damit die Unternehmerinnen und Unternehmer für diese geplante Zeit von drei Jahren, wie es die zuständige Vizebürgermeisterin kundgetan hat, vor eine beachtliche Herausforderung. Diese Herausforderung ist nicht nur, dass sie abgeschnitten sind bzw. schwer erreichbar sind die Unternehmerinnen und Unternehmer, sondern es geht auch um zusätzliche Lärm- und Staubbelastung, und diese Staubbelastung verursacht dort und da bei den Unternehmerinnen und Unternehmern natürlich auch

zusätzliche Kosten, wenn man von einem sauberen Schaufenster oder auch von Eingangssituationen in den Geschäften absieht, verursacht das zusätzliche Kosten für die Unternehmerinnen und Unternehmer. Wir fordern daher, dass wir nicht nur die Erreichbarkeit und auch das verminderte Parkplatzangebot in unserer Innenstadt zugunsten den Unternehmerinnen und Unternehmern ein bisschen auffangen, sondern auch für unsere Unternehmerinnen und Unternehmer Maßnahmen, damit sie merken, diese Regierung sieht, was in den kommenden drei Jahren ihnen auferlegt wird und man ist natürlich willens, dass die Wirtschaft in unserer Innenstadt nach wie vor gedeihen kann und dass sich auch unsere Besucherinnen und Besucher, wenn sie jetzt vielleicht im Osterurlaub oder auch in den kommenden Sommermonaten unsere wunderschöne Innenstadt aufsuchen, auch willkommen heißen. Damit diese Auswirkungen für die Unternehmerinnen und Unternehmer, auch für jeden Besucher in unserer Innenstadt und auch für uns, in der wir hier leben und arbeiten dürfen, in Grenzen halten, fordere ich die zuständigen Stellen im Haus auf, dass zum einen eine regelmäßige Information aller von der Baustelle betroffenen Anrainer:innen und Wirtschaftstreibenden über den Baufortschritt und über kurzfristig stärkere Beeinträchtigungen oder Verzögerungen durch die Baustelle zeitgerecht und niederschwellig gewährleistet wird. Zweitens einen konkreten Ansprechpartner, eine sogenannte Kummernummer, wie wir es gelernt haben, die den Betroffenen kurzfristig in Problemen, Fragen zur Verfügung steht bzw. für die Dauer der Baustelle zu implementieren ist. In Anlehnung an die Advent-Bim-Aktion, die uns ja bekannt ist, in der Adventzeit, ist die kostenlose Benützung der öffentlichen Verkehrsmittel am ersten Samstag jeden Monats auf Umsetzbarkeit zu prüfen. Das kostenfreie Parken in der Blauen Zone in der ersten Stunde des Parkens in der Zone 01 bitte ist auf Umsetzbarkeit zu prüfen. Die Unterstützung eines Gutscheinkonzepts für das kostenfreie Parken während einer Stunde in Tiefgaragen nach Einkauf oder Konsumation in betroffenen Geschäften und Lokalen ist auf Durchführbarkeit zu erarbeiten. Das gibt es übrigens in der Stadt Salzburg seit vielen, vielen Jahren. Wenn man dort in der Innenstadt einkauft, bekommt man eine Stunde Gutzeitkarte für die Mirabellgarage. Punkt sechs, kostengünstige Parkmöglichkeiten in den Tiefgaragen für

Anrainer:innen mit Parkausnahmegenehmigungen sollen überprüft werden. Ich weiß, jetzt wird die Vizebürgermeisterin sagen, das habe ich bereits veranlasst, habe ich auch teilweise so in den Medien gelesen. Werbemaßnahmen der betroffenen Betriebe und Unternehmen wie etwa Plakatierung der Bauzäune, Banner oder Ähnliches sollen für den Zeitraum der Baustelle möglichst unbürokratisch sowie kostenfrei den Unternehmerinnen und Unternehmern zugelassen werden und ich bitte um die Genehmigung von Sonderaktionen oder Events der Unternehmer:innen rund um die Baustelle, dass die zuständigen Abteilungen im Haus Graz die Ansuchen dahingehend flexibel und unbürokratisch behandeln. Ich bitte um Annahme bzw. Überdenken dieser Vorschläge. Dankeschön. (Appl.)

Originaltext des Antrages:

Die Baumaßnahmen zur sogenannten Innenstadt-Entlastungsstrecke versprechen zwar mittelfristig eine Verbesserung der Qualität des öffentlichen Verkehrs und der innenstädtischen Infrastruktur, stellen allerdings die ansässigen Gewerbetreibende im Augenblick durch Lärm, Schmutz und andere Belastungen vor zahlreiche Herausforderungen.

Selbstverständlich sind Investitionen in Infrastrukturmaßnahmen zu begrüßen, die positive Rahmenbedingungen für die Zukunft schaffen. Gleichzeitig ziehen solche Projekte aber während der Bauzeit möglicherweise sogar Existenz bedrohende Umsatzeinbrüche für Unternehmen nach sich, von denen insbesondere der Handel oder die Gastronomie betroffen sind. Nicht zuletzt führen Verkehrsumleitungen und der Wegfall von Parkmöglichkeiten zu erheblichen Schwierigkeiten in Erreichbarkeit und Transport, was zusätzlich mit negativen Auswirkungen für den Geschäftsbetrieb verbunden ist. Neben dem Umfang der exemplarisch geschilderten Belastungen, bedeutet vor allem die unverhältnismäßig lange Dauer der Beeinträchtigungen von immerhin drei Jahren, eine erhebliche Erschwernis in der Aufrechterhaltung der betroffenen Betriebe. Wenn Kund:innen als Folge überlanger Baumaßnahmen, mangelnder bis schlechter Kommunikation und einer Verkehrsberuhigung, deren Um-

setzungsgrundlage ausschließlich Hast ist, längere Zeit den betreffenden Geschäftslokalen fernbleiben, so entstehen Umsatzverluste, die im schlimmsten Fall die Geschäftsaufgabe zur Folge haben können.

Es ist nun Aufgabe verantwortungsvoller Politik, die Sorgen und Ängste der Wirtschaftstreibenden, der Angestellten, der Anrainer:innen sehr ernst zu nehmen und dafür Sorge zu tragen, dass diese Einschränkung nicht zum Verblässen oder gar den Verlust der über die Jahre aufgebauten Attraktivität der Innenstadt nachhaltig beeinträchtigen. Denn der Erfolg und die Beliebtheit dieser unseren Grazer Innenstadt ist keine Selbstverständlichkeit. Sie fußen auf dem Engagement hervorragender Unternehmen, dem Einsatz hunderter Angestellter und Dienstleister, großen Frequenzbringern, wie etwa Kastner & Öhler und der für die gesamte Innenstadtwirtschaft so wichtigen Garage, und nicht zuletzt einer konsequenten Politik in den letzten Jahrzehnten, die mit Maßnahmen wie der Altstadtbim („fahrende Rolltreppe“) über Kinderbetreuung während Shoppingtouren bis hin zu GrazLog (Hauszustellung von Einkäufen) wesentliche Akzente gesetzt hat.

Es braucht aus Sicht der Grazer Volkspartei jetzt ein Maßnahmenpaket, um die Innenstadt zu unterstützen und Anreize zu schaffen, damit die Menschen auch weiterhin hier einkaufen und ihre Zeit verbringen.

Als Grazer Volkspartei erwarten wir nun, dass wesentliche Lehren aus dem unzufrieden stellenden bisherigen Baustellen- und Kommunikationsmanagement und anderen damit zusammenhängenden Versäumnissen gezogen werden.

Aus diesem Grund stelle ich namens des Gemeinderatsclubs der Grazer Volkspartei folgenden

Dringlichen Antrag,

um weitere negative Auswirkungen für die Betroffenen zu verhindern oder zumindest zu lindern:

Die zuständigen Stellen werden aufgefordert, die Umsetzung folgender Maßnahmen für die Dauer der Baustelle zu überprüfen:

- 1. Die Gewährleistung einer zeitgerechten, niederschweligen und regelmäßigen Information aller von der Baustelle betroffenen Anrainer:innen und Wirtschaftstreibenden über den Baufortschritt und über kurzfristig stärkere Beeinträchtigungen oder Verzögerungen durch die Baustelle.*
- 2. Die Implementierung einer konkreten Ansprechpartnerin, die den Betroffenen unmittelbar in Problemfragen zur Verfügung steht.*
- 3. Die kostenlose Benützung der öffentlichen Verkehrsmittel in Anlehnung an die Advent-Bim-Aktion am ersten Samstag jeden Monats.*
- 4. Das kostenfreie Parken in der Blauen Zone (Zone 01) während der ersten Stunde des Parkens.*
- 5. Die Erarbeitung und Unterstützung eines Gutscheinkonzepts für das kostenfreie Parken während einer Stunde in Tiefgaragen nach Einkauf oder Konsumation in betroffenen Geschäften und Lokalen.*
- 6. Die Bereitstellung kostengünstiger Parkmöglichkeiten in Tiefgaragen als Ersatzmaßnahme für betroffene Anrainer:innen mit Ausnahmegenehmigungen für die (Kurzpark-)Zone 01.*
- 7. Werbemaßnahmen der betroffenen Betriebe und Unternehmen, wie etwa Plakatierung an Bauzäunen, Banner oder Ähnlichem, möglichst unbürokratisch bzw. kostenfrei zuzulassen und zu unterstützen.*

8. *Die Genehmigung von Sonderaktionen oder Events der Unternehmer:innen rund um die Baustelle möglichst flexibel und unbürokratisch zu behandeln.*

StRⁱⁿ Schönbacher:

Dankeschön, liebe Daniela. Ich stimme dir da voll zu und dass das dringlich ist. Weil ich habe in letzter Zeit viele Unternehmer in der „kleinen“ Neutorgasse besucht und sie merken schon, dass sie viel weniger Kunden haben, deswegen ist auch der Fall, so wie es die Frau Bürgermeisterin-Stellvertreterin schon angesprochen hat, die Bewohner bekommen dann leichter einen Parkplatz, weil sehr viele Kunden die Innenstadt meiden, weil sie nicht genau wissen, wie schaut es mit Stau aus, wie schaut es mit der Baustelle aus und von der Kommunikation her ist auch nicht angekommen, dass nicht die ganze Neutorgasse gesperrt ist, sondern dass der kleine Teil zwischen Albrechtgasse und Murgasse offen ist. Das ist einmal die eine Sache. Das heißt, wenn jemand Stammkunden hat, dann rufen die Stammkunden an und fragen eh, kann ich kommen, kann ich zufahren oder wo kann ich parken? Bei der Andreas-Hofer-Parkgarage ist es meistens nicht möglich, weil die fast immer voll ist; aber wenn jemand von Laufkundschaft abhängig ist und nicht jeder kann leben von denen, die hier wohnen und arbeiten, dann hat er wirklich ein Problem, weil die können nicht anrufen, die vermeiden dann, dass sie hereinfahren, suchen sich ein anderes Geschäft oder Lokal und schlussendlich gefährdet das dann schon den Fortbestand der Unternehmen in dieser Gegend. Deswegen sehe ich das sehr wohl als dringlich an und bei der Kommunikation haben wir dann noch einen zusätzlichen Anregungspunkt.

(Appl.)

CO GRⁱⁿ Gmeinbauer:

Eine positive Abstimmung würde mich jetzt sehr erfreuen, aber ich gehe nicht davon aus, weil die jetzige Regierung einfach dahingehend keine Punkte abgeben möchte. Ich finde es äußerst schade, dass man da auch nach außen hin keinen Schritt auf unsere

Anträge zugeht, das möchte ich in dem Rahmen auch einmal festhalten und ich komme einfach wieder. Dankeschön.

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

GRⁱⁿ Leban-Ibrakovic:

Das war jetzt eigentlich gar nicht geplant, dass ich etwas dazu sage, aber mir die Diskussion schon sehr am Herzen liegt als Unternehmerin und zwar es ist so, dass wir unsere Tanzschule extra mit einem Standort gewählt haben, der eben öffentlich erreichbar ist, das heißt wir sind in der Körösisstraße und am Geidorfplatz, weil für uns war das sehr wichtig, dass vor allem die Grazer und Grazerinnen einen gut erreichbaren Standort haben. Wir hatten damals, vor 15 Jahren, das Glück, dass das noch möglich war, auch direkt am Radweg angebunden. Allerdings muss ich etwas dazu sagen, es gibt ein großes Klientel, das bei uns einpendelt und zwar am Abend, aber nicht deswegen, weil sie mit dem Auto kommen wollen, sondern weil es keine andere Möglichkeit gibt, weil es eben in den Randbezirken und auch außerhalb von Graz keine Tanzschulen oder nicht so viele Tanzschulen in dieser Größe, mit diesem Angebot zum Beispiel gibt. Es ist ein großes Problem, das heißt, wenn die Leute jetzt in unserem Fall tanzen wollen, dann müssen sie am Abend reinkommen und da gibt es keine öffentlichen Verbindungen und deswegen zum Beispiel bei uns ist es wirklich auch ein Thema, dass wir nicht nur Kunden verlieren, weil wir hätten vielleicht auch genug Grazer und Grazerinnen, aber dass wir auch den Leuten nicht ermöglichen könnten zu tanzen. Das wollte ich nur mal aus Unternehmersicht sagen, dass es nicht immer nur ein Wollen ist, sondern in manchen Bereichen auch ein Müssen in unserem Fall, und es betrifft auch ganz viele Jugendliche, die eben sonst schwer Möglichkeit hätten, zum Beispiel diese Art der Bewegung, dieses soziale Miteinander zu leben. Danke. (Appl.)

KO GR Mag. **Pascuttini:**

Hoher Gemeinderat. Ganz kurz, wie es meine Kollegin schon angekündigt hat, werden wir da einen Zusatzantrag einbringen. Der Gemeinderat der Stadt Graz möge beschließen, Punkt 9, die Verbesserung der Kommunikationsmaßnahmen hinsichtlich des Sperrbereiches: Der Grazer Bevölkerung soll klar kommuniziert werden, dass die „kurze“ Neutorgasse im Bereich zwischen der Albrechtgasse und Murgasse nicht von den Bauarbeiten bzw. einer Sperre betroffen und die dort ansässigen Unternehmen für eine Kundenfrequenz zugänglich ist. Ich bitte um Zustimmung. (*Appl.*)

Originaltext des Zusatzantrages:

Namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs stelle ich den

Zusatzantrag,

der Gemeinderat der Stadt Graz möge beschließen:

- 9. Die Verbesserung der Kommunikationsmaßnahmen hinsichtlich des Sperrbereiches: Der Grazer Bevölkerung soll klar kommuniziert werden, dass die „kurze“ Neutorgasse im Bereich zwischen der Albrechtgasse und Murgasse nicht von den Bauarbeiten bzw. einer Sperre betroffen und die dort ansässigen Unternehmen für eine Kundenfrequenz zugänglich ist.*

Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a **Schwentner:**

Ich nehme auf die einzelnen Punkte gerne Bezug. Vielleicht vorab, ich möchte noch einmal erinnern, dass die Innenstadtentlastungsstrecke bzw. die Neutorlinie, wie wir sie nennen, und damit die Chance für das ganze Neutorviertel ein einstimmiger Beschluss im Gemeinderat ist. Das ist kein Projekt, das ich alleine aus Jux und Tollerei jetzt einfach so mache; dafür ist es zu ernst, zu groß und zu wichtig, sondern das ist ein

einstimmiger Beschluss. Ich appelliere daher auch an die Verantwortung aller im Gemeinderat sich befindlichen Gemeinderät:innen, aber auch die Stadtsenatsmitglieder, allen voran der jetzt leider nicht anwesende Stadtratskollege Riegler, der ja für Wirtschaft und Tourismus zuständig ist, hier auch einen gemeinsamen Weg zu gehen. Mehrfach habe ich ihm auch schon dazu die Hand gereicht und das Angebot gelegt, dass wir gemeinsam mit dem Citymanagement und Graz Tourismus da auch Unternehmungen anstellen. So, das mal vorweg. Mir ist es zu wichtig, ich habe es heute schon mehrmals betont, weil, und ich verstehe da die ÖVP auch nicht ganz, dieses Projekt ist eine Riesenbaustelle und eine Riesenbaustelle hat natürlich Beeinträchtigungen für uns alle. Das ist anstrengend, das ist nervig, das ist jetzt sehr ruhig, jetzt sind viele glücklich, weil es so ruhig ist, die sagen, man kann wunderbar schlafen und es ist herrlich und ruhig wie nie, aber es wird natürlich Phasen geben, wo es laut ist, wo es unangenehm ist, das hat so eine Großbaustelle an sich. Wir müssen das gemeinsam tragen und ich trage gerne die Verantwortung vorneweg, aber wie gesagt, es macht keinen Sinn, ein so relevantes, so wichtiges, eigentlich so schönes Projekt mit einem schönen Ergebnis, nämlich einer neuen Straßenbahnlinie durch die Neutorgasse, die die gesamte Gasse, das gesamte Viertel massiv aufwerten wird, mit neuen Gehwegen, mit neuen Radwegen, mit Bäumen, mit mehr Beschattung, wir werden die Gelegenheit nutzen, auch durch die Umgebung neu planen, das machen wir mit der Verkehrsabteilung, der Stadtplanung und der Abteilung für Grünraum und Gewässer, dass man dieses riesige Projekt mit diesen vielen Chancen permanent schlechtredet, das steht einfach nicht an und hört doch auf damit, nehmt doch die Chance mit, die sich auftut für unsere gemeinsame Innenstadt und damit nicht nur für Anrainerinnen und Anrainer, sondern für die ganzen Unternehmer und Unternehmerinnen. *(Appl.)*

Jetzt zu den Fragen: Alle Haushalte, ich wohne in Jakomini und habe das auch bekommen, relativ weit weg von der Baustelle, habe diese Flyer bekommen. Ihr sitzt alle an der Quelle, diese Flyer sind in dieser Stadt erzeugt worden und ich gebe sie gerne mit, sie sind überall ausgeteilt worden, und wenn man diesen Flyer genau anschaut, liebe Dani Gmeinbauer, dann gibt es da oben ein Baustellenombudstelefon,

genau das, was du dir wünschst im dringlichen Antrag, die Nummer 0676/89782232, den ganzen Tag erreichbar. Es gibt einen QR-Code, wo man sämtliche Infos bekommt, es gibt eine Baustellensprechstunde, es gibt am anderen Flyer eine ganze Seite „Haben Sie Fragen zu Wasserwirtschaft und Stadtraum?“ eine Telefonnummer, zur Graz-Linie und Mobilitätsangeboten eine Telefonnummer, zu tim „täglich. intelligent. mobil.“ eine Telefonnummer, zum Glasfasernetz der Citycom eine Telefonnummer, zu Strom, Licht, Erdgas, Fernwärme eine Telefonnummer. Also ich glaube, dass die Leute, wenn sie wollen, die Informationen leicht zugänglich über die Homepages der Stadt, der Holding wirklich finden und damit auch die relevanten Informationen. Jetzt zu dem, was da empfohlen ist an Kommunikationsmaßnahmen. Ja klar, man kann immer alles besser machen, aber ich habe den Eindruck, dass sich alle, die daran beteiligt sind, allen voran die Verkehrsplanung, die Stadtbaudirektion, Stadtplanung, Abteilung für Grünraum und Gewässer, dass alle versuchen und sich bemühen, sehr, sehr gut zu kommunizieren gemeinsam mit der Holding. Ich glaube alle haben die Plakate gesehen, mehr Schiene, mehr Grün, die Innenstadtentlastung ist auf Schiene und es hat unfassbar viele Kommunikationsmaßnahmen gegeben zur Innenstadtentlastung, ich möchte ein paar vorlesen, damit es vielleicht dann alle wissen: Es hat Promotion-Aktionen gegeben mit Verteilung von den Infofoldern an Anrainer:innen und Handel im Frühverkehr schon vorab, es wurde vorgewarnt über Radio, es hat eine Kickoff-Veranstaltung gegeben, es gibt Kooperationen mit Sponsorpartner:innen, zwei Planungsausstellungen, es gibt das Infobüro, es gibt die Ombudsstelle, es war in sämtlichen Medien, Inserate, Radiospots, Pressearbeit „im Team“, die Spezial-BIG haben wir herausgegeben. Digital gibt es Online-Advertising, Socialmedia, Influencer:innen, Videos mit Testimonials, Spotify-Advertising, Webseite der Stadt und Holding, es gibt im Intranet Informationen, es gibt In-House-Screens, 3D-Videos, Newsletter. Also man könnte schon sagen, es ist schon fast zu viel, aber es ist offensichtlich noch nicht angekommen bei euch, also bitte schaut euch das einmal an und sagt es doch weiter, ich glaube die Bevölkerung da draußen hat es schon besser wahrgenommen als ihr, (*Appl.*), aber es gibt Außenwahrnehmung und bitte macht doch dieses wunderbare Projekt nicht so schlecht, sondern lasst uns weiter gemeinsam

den Weg gehen, die Entscheidung gemeinsam tragen. Wenn es Anregungen gibt, es gibt genug, habe gerade genannt, genug Adressen, Telefonnummern, ich bin auch gerne zuständig, nehme jede Anregung gerne auf, aber es ist ein wirklich entscheidendes Projekt mit so vielen Chancen und ich bin wirklich begeistert von dem Projekt und ich freue mich jeden Tag über die Baustellen und Staus; es hat übrigens noch keinen gegeben, der relevant wäre, war meine letzte Information aus der Verkehrsabteilung, hat gerade unser Verkehrsabteilungsleiter Wolfgang Feigl am Montag bei einer Veranstaltung im HDA auch so gesagt. Ich verlasse mich da auch auf unsere fachliche Beamtenschaft. Dankeschön. (Appl.)

GRⁱⁿ Hopper:

Geschätzte Frau Bürgermeisterin, geschätzte Kolleg:innen des Stadtsenates, liebe Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat, geschätzte Zuhörer, sofern Sie noch live auch dabei sind, es ist ja doch ein bisschen spät. Ich bin mir sicher, dass zu den nicht beantworteten Punkten, Frau Vizebürgermeisterin, Sie haben gesagt, Sie möchten auf sie kurz eingehen, Sie sind auf die Kommunikation eingegangen, das ist wirklich sehr loblich, auf die sicher auch meine Klubchefin noch eingehen wird, aber einen Punkt den kann ich mir jetzt einfach nicht verkneifen und Sie unterstellen uns nämlich, dass wir dieses Projekt schlechtreden und das verallgemeinern Sie einfach wissentlich, dass das de facto jetzt so ist. Im Stück steht nicht, dass wir diese Straßenbahnlinien nicht dort haben wollen, selbstverständlich und Sie haben vollkommen Recht, weil das ist ein einstimmiger Beschluss. Was aber allerdings in Ihrer Verantwortung liegt und das ist, wo Sie auch wissen, dass es sehr viele Anrainerinnen und Anrainer geärgert hat, sehr viele Unternehmerinnen und Unternehmer in dem Umfeld und eigentlich die ganze Stadt schockiert hat, ist, dass diese Baustelle drei ganze Jahre dauert. Und das ist kein einstimmiger Beschluss der Stadt Graz gewesen, nicht des Grazer Gemeinderates, sondern das ist etwas, was in Ihrer Verantwortung liegt und darüber darf man sich sehr wohl als politischer Mitbewerber beschweren, und das ist eine Differenzierung und ich möchte, weil das heute schon so oft bemüht wurde, auch hier den Herrn Professor List

erwähnen, der heute gesagt hat, man braucht ein bisschen Mut zur Komplexität. Natürlich ist es einfach zu sagen, ihr wart dabei und jetzt beschwert ihr euch, dass irgendetwas nicht richtig kommuniziert wird. Aber das gehört hier differenziert. Ja, es ist super, dass eine Straßenbahnlinie dort hinkommt; es kann aber nicht sein, dass wir in einer Zeitspanne, wo in anderen Gegenden, und ich weiß, es ist ein sehr komplexes Thema, aber wo in anderen Bereichen riesige Projekte entstehen, wo teilweise Gebäude, Städte, ich weiß, dieser Vergleich hinkt ein bisschen, aber man kann nicht hergehen und sagen, dass es vollkommen in Ordnung ist und von ganz Graz, von der gesamten Bevölkerung zu erwarten ist hinzunehmen, dass eine Baustelle, die in anderen Bereichen, auch in Österreich, wesentlich kürzer dauert, vielleicht in Aufschnitte aufgeteilt ist, derart lange dauert. So, Punkt eins. Und Punkt zwei, der mir auch sehr, sehr wichtig ist, weil Sie die Kommunikation jetzt gelobt haben und das ist auch was, was ich hier wiedergeben möchte, Gott sei Dank haben wir in der Stadt Graz, wie von Ihnen korrekterweise auch bestätigt, Expertinnen und Experten bzw. in unserem Haus Graz, die so eine Kommunikation auf die Beine stellen können. Weil sofern wir das richtig vernommen haben, wollten Sie zuerst doch erst selber etwas steuern und haben dann gemerkt, okay, es braucht vielleicht doch die Expertinnen und Experten unserer Abteilungen und auch die, die im Endeffekt diese Flyer dann auch aufbereitet haben, und das ist etwas, was ich glaube, nicht dann verallgemeinert sagen kann, dann der Opposition vorzuwerfen, sie sind gegen das Projekt, das stimmt nicht, da bitte ich um Differenzierung. Wenn Sie die Differenzierung einmahnen, dann mahnen wir das auch ein. *(Appl.)*

KO GR Dreisiebner:

Dass es 2017 den Planungsbeschluss zur Einreichplanung gegeben hat und dort bereits mit anderen Jahreszahlen in etwa diese Bauzeit, die es jetzt tatsächlich gibt, von euch vor allem eingebracht und auch mitbeschlossen, liebe Baudirektion, worden sind, das möchte ich als tatsächliche Berichtigung anmerken. Liebe Anna Hopper, du bist schon vor der letzten Wahl im Gemeinderat gewesen und gerade von jemandem, der

Zwischenruf StR Hohensinner: Nicht als Totalsperre.

KO GR Dreisiebner:

... Entschuldigung, das war ein Planungsbeschluss, da sind solche Details nicht drin, aber die Bauphase, die ist drin. Und wie die Bauabwicklung sich dann definitiv darstellt, das ist ja hoffentlich wohl den Expertinnen und Experten in der Baudirektion und in der Holding Graz, bei den Linien, dem ganzen Team, denen ich allen danke, zu überlassen und nicht hier im Gemeinderatssitzungssaal, wo man bitte wertschätzend diskutieren soll und sich auch daran erinnern soll, was alles Beschlusslage ist, das wäre die zweite Anforderung, zu entscheiden. Weil wir werden leider nicht entscheiden können, wie lange so ein Projekt dauert, das dreidimensional in die Tiefe alle Leitungen etc. bis hoch zu den Baumwipfeln und zur Oberleitung der Straßenbahn läuft. (*Appl.*)

GR DI Ram:

Sehr geehrte Stadtregierung, liebe Grazerinnen und Grazer. Ich darf jetzt vielleicht ein bisschen ausholen, das liegt mir schon länger auf der Zunge. Der Herr Winter ist ja auch im Raum, und es wird ja oft so kolportiert, dass wir irgendwo so komplett oben drüber in der Otopie schweben. Und ich würde auch noch gerne hören, dass ihr die Zahlen erarbeitet. In Graz, 2022, minus 17,2 Prozent Neuzulassungen, die Anzahl der Autos in der Stadt sinkt von Jahr zu Jahr. Das ist die Realität, das ist keine Utopie, das passiert gerade jetzt. Wir sind in der Realität und wir reagieren auf das, was es braucht in der Realität. Und es ist nicht irgendwo der Klima-Rat usw. und wir haben Wissenschaftler, die das alles bestätigen, sondern wir leben in einer Stadt, die sich verändert und wir hätten das gerne, dass ihr mit uns diesen Weg geht und nicht euch dagegenstemmt und bei jedem Schritt, ob er noch so klein ist, überall sagt, da müssen wir aber schon festhalten, weil das brauchen wir unbedingt, weil jeder muss vor seinem Geschäft Party feiern (*Appl.*). Und es ist nicht so, dass wir gegen die Autofahrer sind und es ist nicht so, dass wir nur Radfahrer wollen und das wollte ich auch schon

lange einmal sagen, jedes Mal kommt das Argument, ja und die Alten und die Behinderten, ja was sollen denn die alle tun? Natürlich sollen die mit dem Auto fahren und dann haben sie genug Platz, weil die anderen 95 Prozent, die nicht müssen, weil sie gute Verbindungen haben, weil sie mit dem Rad fahren können, weil sie gute öffentliche Verkehrsmittel haben, weil wir alle nicht mit dem Auto fahren müssen, haben die genügend Platz. Das ist die Realität. Hört auf mit diesen Argumenten, weil die bringen uns nichts. Das bringt uns nichts, da wir Stadt in die Zukunft denken wollen. *(Appl.)*

Und insofern würde ich gerne, weil ich gerne konstruktiv rede, von der ÖVP speziell, weil ihr sagt, ihr seid die Wirtschaftspartei, ein bisschen mehr hören als ein „Boah, schon wieder ist ein Parkplatz weg“, sondern ich würde gerne hören „Aah, da ist der Raum aufgeweitet, die Unternehmen blühen auf“, das wäre jetzt super, meine Güte, die Entlastungsstrecke, alle Unternehmen, die dort sein werden in zwei Jahren, die werden aufblühen und werden sagen, wie großartig ist das...

Zwischenruf GR Dr. Piffel-Percevic: Drei Jahre, nicht zwei.

GR DI Ram:

...und auch zu denen, und da möchte ich bitte eine Lanze brechen für die gesamten Leute in der Stadtbaudirektion, die da eine super Arbeit geleistet haben. Ich war da auch dabei, wie wir das erklärt haben, da ist sehr viel darüber nachgedacht worden, dass man die Belastung für die Einwohner so gering wie möglich haltet und es ist so viel überlegt worden, dass man es gut kommuniziert und es ist aus meiner Sicht doch sehr überschaubar. Bei der Großbaustelle, wo man weiß, dass es da viele Leute geben wird, die beeinträchtigt werden während der Bauzeit, dass man das ausnutzt und dass man dann hergeht und die Leute anpasst, wenn Probleme entstehen. Aber ich muss schon sagen, das ist eine vorbildliche Weise, wie da gearbeitet wird und es wird wirklich ein Super-Ergebnis sein. Dankeschön. *(Appl.)*

CO GRⁱⁿ **Gmeinbauer:**

Danke. Ich würde eigentlich gerne wieder zu meinem Thema zurückkehren ohne Emotionen und auf sachlicher Ebene. (*Appl.*)

Und zwar ging es in dem Antrag bitte darum, dass wir die Wirtschaftstreibenden, sprich unsere Unternehmerinnen und Unternehmer, unterstützen in den kommenden drei Jahren. Ich habe weder das Projekt schlechtgemacht, denn, wie schon erwähnt, wurde es in der vorhergehenden Periode einstimmig beschlossen. Wir haben alle gewusst, dass es länger dauern wird und somit zu Einschränkungen kommt. So, jetzt sind aber andere Persönlichkeiten in Regierungsverantwortung und wir haben nichts anderes getan als Wirtschaftspartei, lieber Herr Kollege Ram, dass wir uns Überlegungen gemacht haben, wie können wir den Unternehmerinnen und Unternehmern in diesen schwierigen Zeiten ein bisschen unter die Arme greifen. Und sei es darum, dass wir eben in der Kurzparkzone die verbleibenden Parkplätze, die es noch gibt, eine Stunde gratis anbieten oder andere Bedingungen, sodass Unternehmerinnen und Unternehmer die Bauzäune als Werbewände nutzen können, und nichts anderes haben wir gemacht. Und wenn du, lieber David Ram, selbst Wirtschaftstreibender, davon redest, dass nachher dann die Unternehmerinnen und Unternehmer in der neuen Neutorgasse nur so ah, oh sagen werden vor lauter schön und toll und klasse und entlastend, dann muss man erst einmal schauen um diese vielen kleinen Betriebe, die es jetzt gibt, ob die dann noch da sind. Und weil es ja schon einmal im Gespräch war, diese Straße komplett autofrei zu machen, und ich traue es mich jetzt auch sagen, Entschuldigung, das ist keine Flaniermeile die Neutorgasse und wird es auch als Entlastungsstrecke nicht, wenn man den Autoverkehr dort raustut, weil es dort einfach kein Angebot in dieser Form als Flaniermeile gibt. Also da muss man schon die Kirche im Dorf lassen. Ich würde einfach nur bitten und, liebe Frau Vizebürgermeisterin, noch einmal, es war weder eine Kritik noch sonst irgendetwas schlechztureden, es ging uns einfach darum, dass wir uns erlaubt haben, einige Maßnahmen, damit diese Stadtregierung und nicht nur federführend die Regierungsparteien, sondern auch wir als Opposition uns einbringen und ein paar Maßnahmen umsetzen können in diesem Gemeinderat. Und beim Punkt eins und zwei

hast du jetzt die Möglichkeit gehabt, ausführlich zu sagen, was es alles gibt. Ich bedanke mich, habe ich mir erlaubt abzuhaken und es wäre schön, wenn man von den anderen Punkten vielleicht das eine oder andere übernimmt und zu guter Letzt darf ich mich bei den Abteilungen im Haus Graz bedanken, dass sie vorbildlich diese Arbeit, die sie zu tun haben machen, ohne diese Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter geht es auch gar nicht. Wir wollen niemanden anpatzen oder schlechtmachen, es passt alles perfekt, aber man darf ja darüber nachdenken, dass man vielleicht noch etwas draufsetzt.

Dankeschön. (*Appl.*)

Der Antrag wurde abgelehnt (gegen ÖVP, KFG, FPÖ, Lohr).

8.3 Abschaffung der Steiermärkischen Landesabgabe (KO GR Mag. Alexis Pascuttini, KFG)

KO GR Mag. **Pascuttini:**

Hoher Gemeinderat, werte Stadtregierung. Wir kommen zum nächsten dringlichen Antrag, hoffentlich wird sich da die Stimmung wieder etwas beruhigen und wird nicht jeder oder mancher Redner immer lauter. Nur weil es laut ist, ist es nicht unbedingt richtig, sollte bei dieser Gelegenheit auch einmal gesagt werden.

Unser dringlicher Antrag zielt auf etwas ab, was eh in den letzten Wochen häufig in den Medien war, auf die Abschaffung der Landesabgabe. Einige Bundesländer in Österreich verzichteten gänzlich auf diese Landesabgabe. Vorarlberg und Tirol, in Niederösterreich ist sie jetzt auch abgeschafft worden ab 1.1.2024 und so etwas würde uns auch in Graz vorschweben. Ich würde daher alle Vertreter:innen, Klubs und Fraktionen bitten, unserem Antrag zuzustimmen. Die Steiermark sollte es Niederösterreich gleichtun und in einem ersten Schritt zur finanziellen Entlastung der steirischen Bevölkerung die Landesabgabe ebenfalls abschaffen. Namens des (Korruptions-)Freien Gemeinderatsklubs ergeht daher nachfolgender

dringlicher Antrag:

Der Gemeinderat wolle beschließen: Die Stadt Graz möge sich auf dem Petitionsweg an das Land Steiermark wenden und die Abschaffung der ORF-Landesabgabe mit 1.1.2024 einfordern. Ich bitte um Ihre Zustimmung. (Appl.)

Originaltext des Antrages:

Mit 1. Jänner 2024 soll die bisherige GIS-Gebühr durch eine generelle Haushaltsabgabe ersetzt werden und so weiter die (steirischen) Haushalte finanziell belasten. Die Landesabgabe liegt dabei weiter in der Kompetenz der Länder, aktuell macht sie in der Steiermark 28,65 Euro im Monat aus. Ab 2024 könnten es circa 20 Euro sein. Das sind jährlich rund 240 Euro, die auf Grund der aktuellen Teuerung bei vielen Menschen einen hohen Betrag ausmachen und in der Haushaltsrechnung fehlen.

Die Landesabgabe für die Steiermark generiert insgesamt rund 31 Mio. Euro. Dieser Betrag ist für den Bereich Kultur und Sport zweckgewidmet. Laut Medienberichten sollen 75 Prozent dieses Betrages für Kultur, 15 Prozent für Instandhaltung und zehn Prozent für Sport reserviert werden.

Da in Krisenzeiten alle Beteiligten ihre Gürtel enger schnallen müssen, muss auch der zum Teil bereits massiv übersubventionierte Kultursektor seinen Teil zur Entlastung der steirischen Bevölkerung beitragen und müssen die Ausgaben in diesem Bereich gekürzt werden. Eine Abschaffung der steirischen Landesabgabe ist daher zu rechtfertigen.

In Niederösterreich ist das Aus der Landesabgabe bereits beschlossene Sache und stellt diese Abschaffung eine deutliche Entlastung für die niederösterreichischen Haushalte dar: „Das Aus für die Landesabgabe im Zuge der Umstellung der ORF-Finanzierung von der GIS-Gebühr auf eine Haushaltsabgabe bringt Angaben vom Sonntag zufolge eine jährliche Ersparnis von 69,60 Euro und in Summe knapp 41 Millionen Euro pro Jahr für Niederösterreichs GIS-Zahler. Die Förderungen für Kultur und Sport, für die das Geld aus

der Abgabe derzeit verwendet wird, sollen aus dem allgemeinen Budget des Landes finanziert werden.“¹

Die Steiermark sollte es Niederösterreich gleichtun und in einem ersten Schritt zur finanziellen Entlastung der steirischen Bevölkerung die Landesabgabe ebenfalls abschaffen.

Namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs ergeht daher nachfolgender

dringlicher Antrag

*gem. § 18 der GO f. d. Gemeinderat
der Landeshauptstadt Graz:*

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Stadt Graz möge sich auf dem Petitionsweg an das Land Steiermark wenden und die Abschaffung der ORF-Landesabgabe mit 01.01.2024 einfordern.

GR Zirngast:

Liebe Frau Bürgermeisterin, geschätzte Stadtregierung, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, lieber Antragsteller. Grundsätzlich ist es vollkommen legitim, darüber zu reden, es ist ein wichtiges Thema, es geht um öffentliche Gelder oder die Verwendung von Geldern und deswegen ist es auch ein richtiges Thema. Man kann auch legitimerweise diskutieren, ob die Abgabe zu hoch ist oder vor allem auch, ob der Kreis derjenigen, die davon befreit sein sollten, diese Abgabe zu leisten, erweitert werden sollte, wie wir, die KPÖ, also Elke Kahr war das, 2016 zum Beispiel auch schon gefordert haben in der Vergangenheit, das ist vollkommen richtig. Aber trotzdem

¹ <https://www.derstandard.at/story/2000144932950/gruene-klubobfrau-kritisiert-aus-fuer-orf-landesabgabe-in-niederoesterreich>

erachten wir, was ja jetzt auch der Fall sein soll, also wie sich die Diskussionen entwickeln, dass die Zweckwidmung gegeben ist für Kultur und Sport, dann ist es durchaus sinnvoll, diese Unterstützung für Kunst und Kultur und auch des Sports zu haben, das war ja früher der Kulturschilling, und sozusagen auch wirklich eine öffentliche Unterstützung von kultureller Vielfalt auch dadurch zu gewährleisten. Auch darüber, wie diese Zweckwidmung, auch wohin diese Gelder dann fließen, ist die Diskussion vollkommen legitim, das muss man sich anschauen. Was die Abfederung der Teuerung bzw. die Maßnahmen betrifft, wäre es eine Möglichkeit, gibt es aber auch noch andere. Und eine davon wäre zum Beispiel die Mietpreisbremse gewesen, die eben nicht beschlossen wurde auf Bundesebene; in Graz in dem Bereich, wo wir es tun können, haben wir sehr wohl die Mieten eben nicht oder nur moderat oder werden die Mieten moderat anheben und auch andere Maßnahmen, die bereits getroffen wurden und auch weiterhin getroffen werden, wie die Ausweitung der SozialCard, eben auch des Bezieher:innenkreises, sind da schon getroffen worden und in der Hinsicht werden wir weiterarbeiten. Diesem Antrag werden wir in der Form nicht zustimmen, also der Dringlichkeit. (*Appl.*)

GRⁱⁿ DIⁱⁿ Aygan-Romaner:

Sehr geehrte Stadtregierung, liebe Kolleg:innen, geschätzte Zuschauer:innen vom Balkon und im Livestream. Mein Kollege Max Zirngast, du hast ja schon einiges gesagt. Worauf ich noch eingehen möchte, vielleicht ein bisschen ausholen, warum es jetzt diese Neuregelung überhaupt gibt, das ist vielleicht sehr interessant, nämlich das ist eine Entscheidung des Verfassungsgerichtshofes, dass die ORF-Programme zu streamen, kostenlos sein soll, verfassungswidrig ist. Vielleicht eine kleine Anekdote: Ich habe keinen Fernseher, ich habe bis jetzt immer Radiogebühren gezahlt, aber teilweise ORF-Programme über Stream angeschaut, weil ich weiß, okay, ich habe das einfach anschauen dürfen und das ist nicht gesetzeswidrig. Jetzt werde ich 15 Euro an Haushaltsabgaben zahlen, finde ich total fair, das war schon immer mit etwas schlechtem Gewissen verbunden, muss ich sagen, weil das ist ja ein Programm, was

der ORF bietet oder auch produziert, und man kann das eigentlich im Stream anschauen, ohne dafür zu zahlen, so mal dieser Rahmen. Finde ich absolut fair, dass jetzt diejenigen, die das ORF-Programm trotzdem konsumieren können, ohne ein Endgerät zu haben, wie das im Rundfunkgesetz definiert war, nämlich vorsintflutlich und nicht an die Zeit angepasst ist, dass die jetzt auch zahlen müssen, wenn sie das Programm konsumieren. Die Haushaltsabgaben, da bin ich auch bei dir, Max, nicht Haushaltsabgabe sondern die Landesabgabe, da kann man gerne darüber diskutieren, ob die Höhe angemessen ist, ob man da revidieren könnte, das ist eine andere Diskussion. Sie ganz abzuschaffen, finde ich auch nicht sinnvoll, weil das kommt der Kunst und Kultur und dem Sport zugute, unter anderem werden dadurch infrastrukturelle Maßnahmen gesetzt, also zum Beispiel das Landessportzentrum wurde genau durch diese Abgabe restauriert und saniert; nicht nur das, sondern auch die Oper seinerzeit mit dem Kulturschilling etc. Was die Belastung der Bevölkerung anbelangt, von der GIS befreit sind ja schon einige, also die mit der SozialCard sowieso, aber die Einkommensgrenzen für zum Beispiel einen 2-Personen-Haushalt sind 1.961,- netto. Ja ich weiß jetzt die genauen Zahlen nicht, wie viele Haushalte in der Steiermark 1.961,- netto pro zwei Personen haben, aber es dürften nicht so wenige sein, würde ich mal behaupten. Ja, auf jeden Fall diese Grenzen werden natürlich eingehalten, wer von der GIS befreit war, wird auch von den Haushaltsabgaben befreit sein, das heißt, es ist diese Diskussion, dass wir die Landesabgabe aussetzen sollen, die Diskussion finde ich nicht dringlich. Deswegen werden wir als Grüne gegen die Dringlichkeit stimmen. Dankesehr. *(Appl.)*

GR Günter Wagner:

Hoher Gemeinderat, werter Antragsteller. Danke für diesen dringlichen Antrag. Wie du weißt, werden wir das Thema ja auch im Landtag aufgreifen und zum Thema machen, dementsprechend werden wir der Dringlichkeit und, sollte es sich ergeben, auch dem Inhalt so zustimmen. Ja, man kann überhaupt über die GIS-Gebühren natürlich streiten oder auch nicht, es wird aber einige treffen, die in Zukunft jetzt dann Gebühren zahlen,

die bisher keine bezahlt haben. Und da meine ich jetzt nicht die Menschen, die den ORF legalerweise jetzt gestreamt haben, sondern teilweise junge Menschen, und ich nehme da jetzt meine Töchter her, die niemals, und zwar absolut niemals, normal fernsehen. Das ist einfach nicht mehr üblich, die haben ihre Streamingdienste, die sie anschauen, die haben YouTube und Tiktok und überall, wo sie sich bewegen, die haben nicht einmal mehr einen normalen Fernseher, die schauen sich alles auf kleinen portablen Geräten an und auch die werden dann in Zukunft diese Haushaltsabgabe bezahlen dürfen, ich glaube, da werden somit eh Leute mehr belastet, die sonst so eine Abgabe nie zahlen würden und da braucht es nicht extra eine Landesabgabe dafür. Danke. *(Appl.)*

KO GR Ehmann:

Frau Bürgermeisterin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen im Stadtsenat, im Gemeinderat, auf der Galerie und Zuhörer:innen im Livestream, lieber Antragsteller. Ja, man kann das Thema grundsätzlich diskutieren, wo wir schon vorher in vielen Wortmeldungen gehört haben. Grundsätzlich halte ich die Petition insofern obsolet, weil das Land Steiermark ja relativ klar kommuniziert hat, dass es an eine Aussetzung dieser Abgabe in der Form nicht denkt. Die Zusammenhänge damit, dass die Kulturbeiträge bzw. auch die Sportbudgets auch damit zweckgebunden zusätzlich unterstützt werden bzw. gespeist werden und wenn wir das eine aussetzen täten, müssten wir das andere wieder woanders her finanzieren und daher würde ich sagen, nachdem das Land sich hier sehr klar deklariert hat, halte ich es für nicht notwendig, diese Petition zu unterstützen, weil es ja eh nicht angenommen werden wird. Danke. *(Appl.)*

KO GR Mag. Pascuttini:

Ja, eine klare Mehrheit für diesen Antrag zeichnet sich jetzt leider nicht ab, aber man darf dem Ergebnis nicht vorgreifen. Ich möchte schon festhalten, dass wir bei dieser

GIS-Gebühr, auch bei dieser Landesabgabe, mir ist keine andere eingefallen, über die einzige Verpflichtung, irgendetwas zu konsumieren, sprechen, das gibt es sonst nicht. Ich habe mir gerade Beispiele durch den Kopf gehen lassen, wenn wir jetzt jedem Grazer sagen, entweder gehst du zu Sturm oder zu GAK, du zahlst jedenfalls die Saisonkarte, ob es dich interessiert oder nicht, ob du es willst oder nicht, so ist es mit der GIS. Da gäbe es natürlich noch andere Beispiele, die man da anführen könnte. Deswegen finde ich das einfach sonderbar, dass man in einer Situation, wo viele Menschen wirklich finanziell sehr belastet sind, dass man diese mögliche Erleichterung nicht durchsetzt, wo man ja sieht, dass es in anderen Bundesländern geht, also in Vorarlberg, Tirol und jetzt auch in Niederösterreich. Ich würde noch einmal um die Zustimmung bitten und bleibe optimistisch. *(Appl.)*

Die Dringlichkeit wurde abgelehnt (gegen ÖVP, KFG, FPÖ, Lohr).

8.4 Deutsch an Grazer Schulhöfen (GR Mag. Michael Winter, KFG)

GR Mag. **Winter:**

Hoher Gemeinderat, werte Stadtregierung. Ganz egal, wie man zu dem Thema Integration, wie man zu dem Thema Asyl, wie man zu dem Thema Masseneinwanderung steht, jeder, der einen Moment lang ehrlich ist und noch einen gewissen Realitätsbezug hat, der wird für sich das so beantworten, also ganz rund läuft in allen Bereichen das aber nicht, ich glaube, da werden wir uns wahrscheinlich einig sein. Von meiner Warte ist die Diagnose etwas stärker. Wir haben in vielen dieser Themenfelder sehr, sehr große Probleme, wir haben bei dem Thema Integration, sei es bezüglich dem Arbeitsmarkt, sei es hinsichtlich dem Thema Sicherheit, sei es aber auch bezüglich den ganzen Themen, die sich in den Schulen abspielen, sehr, sehr große Probleme und mit Sicherheit wird es Zeit, hier auch Maßnahmen zu ergreifen. Die

Sprache, und Deutsch ist nun mal unsere Amtssprache, kann ein sehr, sehr verbindendes Element sein, die Sprache kann aber auch ein sehr trennendes Element sein. Immer dann, wenn viele Menschen die gleiche Sprache sprechen, wenn sie gut miteinander kommunizieren können, dann ist es ein verbindendes Element. Immer dann, wenn viele Menschen völlig unterschiedliche Sprachen sprechen, ist es ein massiv trennendes Element. Und leider Gottes haben wir natürlich in den letzten Jahren, eigentlich Jahrzehnten, große Versäumnisse, große Verfehlungen beim Thema Asyl und Masseneinwanderung gesehen und leider Gottes haben wir eine Multikulti-Gesellschaft in vielen Bereichen geerntet, die uns weiterhin vor große Probleme stellt und die uns wahrscheinlich in Zukunft noch vor wesentlich größere Probleme stellen wird. Es ist Zeit, eine konkrete Maßnahme in dieser Hinsicht einzufordern. Kinder integrieren sich Gott sei Dank in vielen Bereichen sehr, sehr gut, sehr, sehr schnell, oft schneller wie Erwachsene und die gemeinsame Sprache Deutsch ist ein verbindendes Element, was diese Integration in vielen Bereichen auch befördern und unterstützen kann. Und jetzt wird man immer wieder hören, und das hat man ja auch schon gehört im Laufe der Diskussion in anderen Institutionen, wie ist die Umsetzbarkeit? Ist es umsetzbar, ist es nicht umsetzbar, funktioniert das mit Deutsch als Pausensprache, funktioniert es nicht? Kollege Kurt Hohensinner hat berichtet am Beginn der Sitzung, es funktioniert in den Schulen, die freiwillig bereits Deutsch als Pausensprache einfordern, in vielen Bereichen sehr, sehr gut. Ein Zeichen, dass das auch in den anderen Schulen gut funktionieren kann und wenn man es einfordert, auch funktionieren wird. Daher der vorliegende dringliche Antrag: Die zuständige Abteilung der Stadt Graz möge auf die Grazer Schulen positiv einwirken, damit sie die bewusste Entscheidung treffen und Deutsch als Pausensprache wie Niederösterreich in der Hausordnung festlegen. Ich bedanke mich und hoffe ebenfalls auf breite Zustimmung.

Originaltext des Antrages:

Sprache ist verbindendes Element einer funktionierenden Gesellschaft und Sprache stellt auch ein komplexes „Werkzeug“ dar, um sich im sozialen Gefüge auszudrücken

und entsprechend zu artikulieren. Je fähiger jemand ist, sich in einer entsprechenden Sprache auszudrücken, desto mehr kann er sich in eine Gesellschaft einbringen und fühlt sich in dieser auch angekommen und angenommen.

Diese Fakten haben in einer multikulturellen Gesellschaft, in der viele unterschiedliche Muttersprachen gesprochen werden, umso mehr Gewicht. Besonders auch, weil Österreich immer mehr zu einem multikulturellen Land umgestaltet wird. Davon ist Graz auch immer stärker betroffen.

Deutsch ist Amtssprache in Österreich und nur wer die deutsche Sprache beherrscht, ist auch in der Lage, sich aus den oben genannten Gründen in Österreich zurecht zu finden. Und nur wer die deutsche Sprache einübt und im täglichen Gebrauch anwendet, wird Deutsch auch gut lernen.

Gerade Kindern ist es besonders leicht möglich, beim Spracherwerb gute Fortschritte zu machen und so in Österreich bestmögliche Bildungschancen und Perspektiven zu erhalten. Dazu braucht es eine gemeinsame Sprache, deren Erwerb an den Schulen so gut wie möglich unterstützt werden soll.

Namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs ergeht daher nachfolgender

dringlicher Antrag

*gem. § 18 der GO f. d. Gemeinderat
der Landeshauptstadt Graz:*

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständige Abteilung der Stadt Graz möge auf die Grazer Schulen positiv einwirken, damit sie die bewusste Entscheidung treffen und Deutsch als Pausensprache wie in Niederösterreich in der Hausordnung festlegen.

GRⁱⁿ Mag.^a **Taberhofer:**

Sehr geehrte Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste. Der vorliegende dringliche Antrag heißt „Deutsch an Grazer Schulhöfen“ und sieht vor, verpflichtend, dass also Deutsch quasi als die einzige Sprache am Pausenhof zu sprechen sein soll. Ich halte das für sehr problematisch. Ich sage, Sprachen sind verbindende Elemente in einer funktionierenden Gesellschaft und ich halte diesen dringlichen Antrag für kontraproduktiv und diskriminierend und wir haben heute schon gehört, dass der Stadtrat Krotzer auch sich dafür ausgesprochen hat, dass es einfach mehr Verbesserungen, noch mehr Sommerkurse für die Schüler und Schülerinnen, aber auch natürlich für Erwachsene, bedarf und noch mehr an Kursen und an Möglichkeiten, dass sie irgendwie die Sprache erwerben können. Aber aus pädagogischer Sicht ist für mich eben ein Muttersprachenverbot am Schulhof ein großes Problem. Ich sehe das sehr negativ, weil die Muttersprache als Teil der persönlichen Identität und Integrität von Schülern und Schülerinnen, die wird abgewertet durch diese Vorgangsweise und außerdem finde ich, Pause ist dazu da, um sich zu erholen, um sich zu entspannen und gemeinsam zu spielen, Sport zu betreiben und da gibt es sehr wohl das Bedürfnis, sich auch auszutauschen und man soll sich aussuchen können, in seiner Muttersprache sich auszutauschen und, was ich auch noch als quasi Pädagogin noch irgendwie besonders für wichtig erachtet habe, ist, wenn man die Muttersprache gut erlernt und gut damit umgehen kann, dann ist das wesentlich für das Erlernen der deutschen Sprache, weil ich habe auch eine Basis, ich habe Vergleichsmöglichkeiten und ich kann das in diese Richtung dann auch besser verstehen und umsetzen, es ist auch wissenschaftlich belegt. Auf alle Fälle ist mir wichtig zu sagen, Verbote haben negative Auswirkungen, es führt zu einer Ausgrenzung und führt nicht in die Richtung, die durchaus ja auch wünschenswert ist und sich viele Schüler und Schülerinnen auch wünschen, dass sie natürlich die Sprache Deutsch erlernen können. Aber man soll sie nicht zwingen und nicht diskriminierend in dieser Form vorgehen, deshalb werden wir weder diesem dringlichen Antrag, aber auch nicht der abgeschwächten Form des ÖVP-Abänderungsantrags, weil verpflichtend und freiwillig ein bisschen versuchen, ist aus unserer Sicht, da ist kein großer

Unterschied, ich halte nichts davon von dieser Vorgangsweise und Diskriminierung aus menschenrechtlicher Perspektive ist für mich in beiden Vorstellungen gegeben und das können wir nicht unterstützen. Danke. *(Appl.)*

GR Dr. **Hackenberger:**

Sehr geehrte Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Unentwegte, die es auch noch gibt und die uns erhalten geblieben sind. Ich möchte voranstellen, dass ich den Ausführungen von der Kollegin Taberhofer vorbehaltlos zustimmen kann und ich möchte mit einer Frage über den Antragsteller beginnen. Stellen wir uns vor, wir beide, beide Juristen, unterhalten uns anlässlich eines geselligen Abends über die Frage, ob ein bestimmter medizinischer Eingriff am Herzen invasiv oder nicht invasiv vorgenommen werden sollte. Wir kommen zu einem einhelligen Ergebnis und vereinbaren eine Petition an die Gesundheitslandesrätin, sie möge die medizinische Leitung der KAGES anweisen, bei der wir eben Operationen von uns als günstig identifizierte Vorgangsweise wählen. Wie würden Sie so ein Vorgehen wohl bezeichnen? Mir fällt dazu ein als Begrifflichkeit Geschwätz, Unfug, Schwurbelei von Menschen, die nichts vom Thema verstehen. Wir würden uns wohl selbst über unsere Anmaßung, sich in derartige Dinge einzumischen und über unsere Schlichtheit würden wir lachen und wir würden das Vorhaben, diese Idee in die Öffentlichkeit zu tragen, aufgeben, um dort nicht als Einfaltspinsel dazustehen. Sie haben vielleicht schon den Verdacht, dass meine Worte als Metapher gemeint sind. So wie wir von Eingriffen im Herzen nichts verstehen, verstehen wir auch vom Erwerb von Fremdsprachen nichts, beide nichts. Bei Ihnen ist es ganz offenkundig, wenn man Ihren Antrag liest. *(Appl.)* Mich hat Ihr Antrag dazu angeregt, mich ein bisschen in das Thema einzulesen und ich habe dabei herausgefunden, dass für gut gelungenen und gelingenden Spracherwerb im Allgemeinen und unter Fluchtbedingungen natürlich im Besonderen eine ganze Reihe soziologischer, pädagogischer, linguistischer Voraussetzungen erforderlich sind, die in Ihrem dringlichen Antrag nicht einmal berührt werden. Diese Voraussetzungen werden durch eine verordnete Verpflichtung zur Verwendung von Deutsch in

Schulpausen nicht nur nicht unterstützt oder gar erfüllt, sondern konterkariert. Die einschlägige Wissenschaft und Forschung weist aus, dass der gestellte Antrag nichts anderes als ein Ausdruck schwarzer Pädagogik ist, absolut nichts versteht von Spracherwerbsprozessen und präpotente Ignoranz des Diskussionsstandes der wissenschaftlichen Community ist. Sowohl in der Wissenschaft als auch in der Praxis ist man sich weltweit darüber einig, dass Sprachverbote weder aus pädagogischer noch aus linguistischer Perspektive auch nur ein irgendwie adäquates Mittel darstellt, die Aneignung einer Fremdsprache voranzutreiben und zwar unter anderem deswegen, weil, wie schon gesagt, für den Erwerb einer Fremdsprache gute Kenntnisse der Muttersprache vorausgesetzt sind. Sie ignorieren, dass Sprache ein wesentliches Identitätsmerkmal ist und die Umsetzung der geforderten Maßnahme die Schule zu einem die Muttersprache und damit die betroffenen Personen diskriminierenden Herrschaftsinstrument wird und das noch dazu gegenüber mehrheitlich unterprivilegierten sechs- bis vierzehnjährigen Kindern. Schließlich gibt es noch eine ziemlich einhellige Stellungnahme von Juristen in die Richtung, dass es verfassungswidrig ist, weil es dem Artikel 1 des Bundesverfassungsgesetzes über die Rechte von Kindern und dem Artikel 8 der Europäischen Menschenrechtskonvention widerspricht. Ein derartiger Antrag kann keinesfalls irgendeine Dringlichkeit für sich in Anspruch nehmen, weswegen wir schon die Dringlichkeit ablehnen werden.

Dankeschön. (*Appl.*)

Vorsitzwechsel – StR Mag. Krotzer übernimmt den Vorsitz (19.25 Uhr).

GR Brandstätter:

Werter Stadtsenat, hoher Gemeinderat, liebe Zuseherinnen und Zuseher. Ihr Vergleich, Herr Hackenberger, oder wie Sie es genannt haben, Ihre Metapher, ist ja sehr anmutend und als zumindest angehender Jurist wäre/ist jetzt der Dritte, der aus einem anderen Bereich kommt, der wahrscheinlich da weniger Expertise hat als andere.

Spannend ist nur, dass Sie dann zwei Minuten später in Ihrer Rede auf einmal zu einem Experten zu diesem Thema geworden sind und somit Ihre eigene Metapher schon in derselben Rede wieder ad absurdum geführt haben. (*Appl.*)

Aber selbst, wenn wir anerkennen, dass Sie als Jurist durchaus dazu in der Lage sind, Gott sei Dank, sich in ein anderes Thema einzulesen, das ist ja durchaus eine Grundvoraussetzung unseres Berufes, dann würde ich dafür plädieren, dass wir die Personen reden lassen, die tatsächlich wissen, wovon sie reden, nämlich zum Beispiel den zitierten Volksschuldirektor oder, ich glaube, ehemaligen Volksschuldirektor der Volksschule St. Andrä. Der sagt zum Beispiel: „Es hat sich für mich nie die Frage gestellt, wie in der Schule gesprochen werden muss. Deutsch, und das natürlich auch in der Pause.“ Wir haben so viele Kinder mit so vielen Sprachen an unserer Schule, die verstehen einander ohnehin nur auf Deutsch. Das Argument, dass man die Lehrer nicht auch noch in der Pause für die Kontrolle der Deutschpflicht hernehmen können, ist doch absurd. Die Pause ist für Lehrer natürlich Teil des Arbeitstages, den sie mit den Kindern verbringen sollen. Was lehrt uns das? Personen, die tatsächlich damit konfrontiert sind, dass sie in einer Schule unterrichten, wo einfach eine Sprache natürlich, und da möchte ich dem Herrn Winter widersprechen, was total Verbindendes sein soll und auch kann, bedeutet aber auch, dass wir nur miteinander kommunizieren können, wenn wir auf einer Ebene sind. Und das heißt nicht, dass man die Muttersprache nicht ordentlich lernen soll, ja, das ist belegt und das ist gut so, aber das heißt auch, dass wir gerade dort, wo junge Menschen die Sprache lernen können im Austausch mit anderen Kindern, sie durchaus dabei fördern können und deswegen sind wir nicht dafür, dass wir irgendeinen Zwang von oben aufoktroyieren, das ist ja auch normalerweise etwas, was die KFG oder die FPÖ sonst sehr gerne kritisiert, sondern wir sind dafür, dass wir Schulen, die diese Herausforderungen stärker haben als andere, an der Hand nehmen, dass wir Regeln, die es in manchen Schulen auch schon gibt, auch anwenden. Ich kann da darauf verweisen zum Beispiel auf das Overseegymnasium, die haben in Punkt 4 in der Schulordnung stehen: „Viele von uns sind mehrsprachig, damit wir einander nicht ausgrenzen, sprechen wir Deutsch miteinander.“ Und dass man solchen Schulformen jetzt eigentlich vorwirft in diesen

Reden, dass das diskriminierend sei und der Menschenrechtskonvention nicht würdig, das halte ich eigentlich für eine juristische Ausbildung und würde ich spannend finden, wenn wir dem Oeverseegymnasium jetzt erklären, dass sie da jetzt nicht menschenrechtskonform handeln, das halte ich durchaus für eine sehr dürftige Argumentation. Was heißt das jetzt, und da kann ich jetzt vielleicht einmal darauf zurückgreifen auf meine jugendlichen Erfahrungen. Ich glaube, ich bin derjenige, der den kürzesten Abstand zwischen seiner Schulausbildung und der Zeit hier hat und ich kann Ihnen sagen, das ist eine Zeit, in der, und ich war auf keinem Privatgymnasium, ich war bei einer öffentlichen Schule, wo wir sehr viele Menschen mit Migrationshintergrund hatten und es war eine tolle Erfahrung, aber das heißt auch, dass wir natürlich dort Herausforderungen gehabt haben, die vielleicht vor 10, 20, 30 Jahren in der Form nicht bestanden haben, dass wir darauf bestehen haben müssen, dass es nicht Cliquenbildungen gibt, wo dann in einer anderen Sprache gesprochen wird und andere sich ausgegrenzt fühlen und das kann in alle Richtungen passieren. Das heißt auch, dass wir mit manchen Mitschülerinnen und Mitschülern, die gerade erst zu uns nach Österreich gekommen sind, auf Englisch gesprochen haben, weil das die einzige Möglichkeit war, sich auszutauschen. All das soll möglich sein, aber es soll auch bitte der Schule obliegen und den Lehrerinnen und Lehrern mit Schülerinnen und Schülern, den Menschen, die im SGA dafür Verantwortung tragen, diese Punkte auch umzusetzen. Und alles, was wir unserem Abänderungsänderungsantrag fordern, und deswegen unterscheidet der sich auch wesentlich von der KFG, ist, dass wir die Schulen, die das brauchen, dabei an der Hand nehmen, dass wir Dinge, die schon funktionieren, auch in anderen Schulen umsetzen können und dafür plädiere ich. Und da Rassismus und Diskriminierung zu unterstellen und uns jetzt ins rechte Eck stellen zu wollen, das mag zwar polemisch sein und das mag ein paar politische Punkte bringen, aber es ist vollkommen absurd, wenn Sie mir in den letzten Minuten zugehört haben. Vielen lieben Dank. *(Appl.)*

Originaltext des Abänderungsantrages:

Deutsch als Schulsprache auch in der Pause wird an einigen Schulen in Graz bereits jetzt gelebt. Dies dient vor allem dazu, dass sich keine Schülerinnen oder Schüler ausgegrenzt fühlen oder das Gefühl haben, dass über sie in einer anderen Sprache gesprochen wird. Gegenseitiges sprachliches Verständnis ist nämlich essentiell, um miteinander reden zu können und kann so Konflikten vorbeugen.

Wichtig ist zu betonen, dass dieser Schritt in Graz in den Schulen freiwillig gesetzt wurde und auf keinen Fall von oben herab verordnet werden kann.

Eine Kampagne erscheint uns daher wenig sinnvoll, da man ja bereits jetzt in der medialen Berichterstattung gesehen hat, dass die unversöhnlichen Gegenpole aus Links und Rechts hier erneut versuchen, politisches Kleingeld an Hand eines sensiblen Themas zu wechseln.

Lösungen oder gar ein Vorgehen im Sinne der Subsidiarität haben sie dabei nicht im Sinne. Als Volkspartei stehen wir allerdings in der Mitte der Gesellschaft und setzen uns dafür ein, dass gerade Themen dort entschieden werden sollen, wo die Expertinnen und Experten und täglichen Anwenderinnen und Anwender vor Ort sind – im Bereich der Schulgemeinschaft.

Aus diesem Grund stelle ich Namens des ÖVP Gemeinderatsclubs folgenden

Abänderungsantrag:

Die Freiwilligkeit der Umsetzung der Pausensprache Deutsch soll bestehen bleiben. Die zuständige Abteilung wird beauftragt, Schulen, die sich für das Modell Pausensprache Deutsch interessieren und es freiwillig umsetzen wollen, zu unterstützen.

KO GR **Ehmann:**

Herr Vorsitzender, geschätzte Kolleg:innen im Stadtsenat, im Gemeinderat, auf der Tribüne, im Livestream, lieber Antragsteller. Überraschenderweise werden wir der Dringlichkeit auch nicht zustimmen. Ich darf es aber auch ein bisschen begründen. Ich bin selbstverständlich auch kein Pädagoge, aber Vater von Schulkindern zumindest, da lernt man auch das eine oder das andere, manchmal mehr als man will. Aber konkret ist es so, dass ich mir, zumindest zu diesem Thema, ein paar Meinungen von Expertinnen und Experten angesehen habe, um mir ein Bild zu machen, ob es denn hier quasi einen wissenschaftlichen Konsens gibt. Offensichtlich nicht, denn konkret ist es so, dass ich gesehen habe, dass der Herr Wolfgang Bodei, der ist Direktor bei der HTL in Hollabrunn in Niederösterreich beispielsweise und der ist Sprecher der BMHS-Direktorinnen und Direktoren, sagt zu dem Vorhaben der Landesregierung in Niederösterreich, dass er das im Widerspruch zur Schulordnung, weil es eben autonom usw., aber das ist noch nicht das Entscheidende, er sagt in der Aussage, das ist Populismus pur. Und warum ist das Populismus pur, weil auch inhaltlich kann er damit nichts anfangen. Von einem Widerspruch insgesamt spricht die Sprecherin der AHS-Direktor:innen, die Frau Isabella Zins, die sagt, es gibt keine einzige Studie, die diese Sinnhaftigkeit dieser Maßnahme bestätigen würde. Es würde die Beziehung von Lehrern und Schülern belasten, wenn Lehrer ohnehin in den kurzen Pausen noch Sprachpolizei usw. sein müssen, ihr kennt diese Ausführungen. Und interessant ist auch, ich habe mir dann auch einen gewerkschaftlichen Beitrag gesucht, weil ich mir gedacht habe, schauen wir einmal, was Vertreterinnen und Vertreter, die da relativ stark in diesem Bereich sind und engagiert sind, dazu sagen. Und da fand ich den Lehrervertreter Paul Kimberger, der dürfte euch ein Begriff sein, der ist nämlich von der FCG, der hat ein bisschen was mit euch zu tun, glaube ich, der hält den Plan ebenfalls für weder zielführend noch machbar. Er sagt auch, Lehrer sind keine Polizisten, sondern haben sich um die Pädagogik zu kümmern. (*Appl.*)

In diesem Sinne brauche ich nicht mehr viel mehr zu sagen, sondern derartige Literate haben wir uns angeschaut und haben uns gedacht, das sind Leute, die wissen, wovon sie sprechen und da verlasse ich mich auf deren Meinung und das eigene Gefühl, das mir da auch ein bisschen Unbehagen bringt. Danke. *(Appl.)*

GR Mag. **Winter:**

Hoher Gemeinderat, werte Stadtregierung, werte Frau Kollegin Taberhofer, ich fange gleich bei Ihnen an. Also, dass Sprachen generell etwas Verbindendes sind, ein verbindendes Element sind, das wage ich jetzt einmal anzuzweifeln. Gehen Sie einmal in ein Land, wo Sie die Sprache nicht beherrschen und dann fragen Sie einmal, wo Sie das nächste Auto mieten können, dann wird kaum jemand Sie verstehen und wirklich verbindend ist die ganze Situation wahrscheinlich auch nicht für Sie. Ja, dann kommen wir zum Herrn Sprachwissenschaftler, neu ausgebildet, nicht nur Jurist, auch Sprachwissenschaftler, Kollege Hackenberger. Der wirft mir vor, ich hätte eine präpotente Ignoranz gegenüber den Sprachwissenschaften. Also bei Ihrer Ausdrucksweise muss ich Ihnen ganz ehrlich sagen, ich bin der persönlichen Überzeugung, Sie haben eine präpotente Ignoranz gegenüber den normalen Umgangsformen, die wir in dem Haus pflegen sollten. *(Appl.)*

Und Sie berufen sich auf die Wissenschaft; wissen Sie, Wissenschaft besteht nie im Konsens, das werden Sie als Rechtswissenschaftler wissen und das ist in jeder Wissenschaft genau gleich. Sie benutzen die Wissenschaftler, die Ihnen nach dem Mund reden, und es gibt immer divergierende Meinungen in jeder Wissenschaft, glauben Sie mir. Ich weiß schon, das werden Sie wieder nicht anerkennen, Fakt ist es trotzdem. Ja, und dann kommen wir zum...

Zwischenruf GRⁱⁿ Slama: So ein Bullshit.

GR Mag. **Winter**:

Herr Vorsitzender, bitte, Zwischenrufe wie Bullshit sind wirklich ...

StR Mag. **Krotzer**:

Dann bitte ich, das zu unterlassen.

*Zwischenruf GRⁱⁿ **Slama**: Entschuldigung.*

GR Mag. **Winter**:

Und dann kommen wir zum Abänderungsantrag vom Kollegen Brandstätter. Ich glaube, es ist ganz klar und es ist verständlich und da sind wir auch einer Meinung, wenn Kinder im ersten Schritt ihre eigene Muttersprache erlernen, ist es mit Sicherheit vorteilhaft, hat aber nichts mit einer Pausensprache zu tun und einer Schulsprache. Das sind zwei völlig unterschiedliche Gebiete, die unterschiedlich auch diskutiert werden müssen. Und eins frage ich mich manchmal schon bei der ÖVP, haben Sie schon einmal versucht, einen Pudding an der Wand festzunageln? Also das ist ein sehr schwieriges Unterfangen. Und ungefähr gleich schwierig ist es, bei der ÖVP einen klaren Standpunkt herauszufiltern, weil einmal ist man dafür und einmal ist man dagegen und irgendwie kann man sich nie entscheiden und dann schreibt man da wieder, es ist ein politisches Kleingeld, was man da bei diesem Thema rausschlagen möchte. Bitte, tut allen da einen Gefallen und entscheiden Sie sich einmal für einen Standpunkt, das wäre wirklich eine Segnung. *(Appl.)*

*Zwischenruf GRⁱⁿ **Hopper**: Mut zur Diversität.*

Die Dringlichkeit wurde abgelehnt (gegen ÖVP, KFG, FPÖ, Lohr).

8.5 Mobile Verschattungselemente für ausgewiesene Hitze-Hotspots (GRⁱⁿ Sabine Reininghaus, Neos)

GRⁱⁿ Reininghaus:

Ich versuche, es auch wieder kurz zu machen. Dieser dringliche Antrag wird die Gemüter jetzt nicht so erhitzen, auch wenn es jetzt um die Hitze geht. Ich würde einmal sagen, der nächste Sommer kommt bestimmt und mit ihm stehen uns wahrscheinlich auch diesen Sommer wieder länger anhaltende Hitzeperioden ins Haus oder, besser gesagt, Innenstadt Graz. Ich möchte ganz kurz eine Statistik hier erwähnen, die ganz deutlich zeigt, wie sehr sich die klimatischen Verhältnisse in Graz verändert haben. Ich bitte Sie, mit mir zurückzuwandern in die 60er-Jahre bis in die späten 90er-Jahre, wurden pro Sommer durchschnittlich 3,7 Hitzetage gemessen und im Jahr 2021 waren es 24 Hitzetage und wenn wir von Hitzetagen reden, dann reden wir von Tagen, wo es über 30 Grad Celsius hat. Die Stadt Graz erforscht schon seit mehr als 30 Jahren kontinuierlich das Stadtklima und stellt ganz wichtige Instrumente bereit, wie Klimatopkarten, Windfelder-Karten oder Karten mit planerischen Hinweisen zur Entwicklung von Temperaturen. 2020 hat der Grazer Gemeinderat einstimmig auch den Grundsatz zur Weiterentwicklung der traditionellen Stadtklimaanalyse hin zu einem modernen Klimainformationssystem beschlossen. Dieses Informationssystem nennt sich KIS. Hier arbeiten Stadtplanungsamt, Stadtvermessungsamt, Umweltamt und Stadtbaudirektion gemeinsam daran, den stadtklimatischen Istzustand laufend zu ermitteln, die Grazer Luftgüte zu messen und sogar in spieltheoretischer Form die künftige Entwicklung von Emissionen durch Klimaänderungen zu berechnen. Es werden Drohnen mit hochauflösenden Wärmebildkameras eingesetzt, 3D-Scanner und RGB-Bilder und das ermöglicht nun sogar, die Kühlungswirkung von Fassadenbegrünungen genau zu berechnen, auch von Baumbepflanzungen, wie wirken Rasenflächen und Beschattungselemente auf die

Umgebung und wie fühlen sich gefühlte Temperaturen auf öffentlichen Plätzen und Straßenzügen an? Das sind Daten, die haben wir. Erste Ergebnisse sind sehr interessant. KIS hat den Freiheitsplatz, den Karmeliterplatz, den Tummelplatz, die Wielandgasse, die Elisabethnergasse, Teile der Schubertstraße und der Karl-Franzens-Universität sowie die Annenstraße als enorme Hitzehotspots ausgewiesen. Ja, es steht außer Diskussion, denke ich, dass Phasen mit länger anhaltender extremer Hitze besonders gesundheitsgefährdend sind für Kinder, ältere und kranke Menschen. Deshalb muss die Stadt Graz, denke ich, die vorliegenden Ergebnisse aus der KIS-Analyse zu den Hitzehotspots auch tatsächlich als Handlungsauftrag sehen und wir, die politischen Entscheidungsträger:innen, müssten eigentlich danach handeln, weil sonst bräuchten wir diese Informationen aus dem KIS ja gar nicht. Die Ermittlung nachfristig ist natürlich schwierig. Ich denke jetzt an die Wielandgasse, Annenstraße, Elisabethnergasse, wenn ich da für Kühlung sorgen möchte, dann muss ich vor mir setzen, dass ist mittel- und langfristig etwas, was sicherlich gute Auswirkungen haben wird, aber im Grunde brauchen wir ja auch für die Hitzehotspots die Plätze, die hier ausgewiesen wurden, ich sage es noch einmal, Freiheitsplatz, Karmeliterplatz, Tummelplatz, eine schnelle Lösung auch schon für diesen Sommer. Ich denke, eine kostengünstige und mobile Lösung für die größeren Grazer Plätze könnte beispielsweise in der Montage von Verschattungselementen liegen. Ich denke, Sie haben das Symbolfoto auch gesehen, das ich dem dringlichen Antrag beigelegt habe. Um die Aufenthaltsqualität auf den Grazer Stadtplätzen zu erhöhen, stelle ich daher gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates den

dringlichen Antrag:

1. Die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen die Montage mobiler Verschattungselemente in Erwägung ziehen, um die Hitze-Hotspots laut KIS-Analyse, aber auch den Grazer Hauptplatz, den kann man gar nicht auslassen, zu kühlen und derart die urbane Aufenthaltsqualität zu verbessern.

2. Die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen auch prüfen, die verschatteten Zonen mit mobilen Pflanztrögen und Sitzbänken auszustatten.
3. Dem Gemeinderat ist längstens in der Juni-Gemeinderatssitzung darüber Bericht zu erstatten.

Ja, ich denke das ist ein schöner dringlicher Antrag und ich hoffe doch auf breite Zustimmung. Dankeschön. (Appl.)

Originaltext des Antrages:

*Bereits seit mehr als 30 Jahren erforscht die Stadt Graz kontinuierlich das Stadtklima und stellt Daten bereit, die als Grundlage für so wichtige Instrumente wie die Klimatopkarten, Windfelder-Karten oder etwa Karten mit planerischen Hinweisen zur Entwicklung von Temperaturen dienen. Am 17.9.2020 beschloss der Grazer Gemeinderat dazu einstimmig den Grundsatz zur Weiterentwicklung der traditionellen Stadtklimaanalyse hin zum Klimainformationssystem, KIS(*1), wobei Stadtplanungsamt, Stadtvermessungsamt, Umweltamt und Stadtbaudirektion eng zusammenarbeiten. Die städtischen Abteilungen analysieren dabei den jeweils vorherrschenden stadtklimatischen Ist-Zustand, stellen den Grad der Grazer Luftgüte dar, berechnen aber auch spieltheoretisch die zu erwartende Entwicklung von Emissionen durch Klimaänderungen.*

Durch den Einsatz von Drohnen mit hochauflösenden Wärmebildkameras, 3D-Scannern und RGB –Bildern, lässt sich nun beispielsweise die exakte Kühlungswirkung von Fassadenbegrünungen, Baumpflanzungen, Rasenflächen und Verschattungselementen messen, genauso wie die „gefühlte Temperatur“ auf öffentlichen Plätzen und Straßenzügen.

(*1) https://www.graz.at/cms/beitrag/10282564/11988940/Klima_Informationssystem_KIS.html

(*2) <https://www.zamg.ac.at/cms/de/klima/news/sommer-2021-sehr-warm-und-teils-nass-teils-trocken>

(*3) Symbolfoto

So weisen die KIS-Messdaten den Freiheitsplatz, Karmeliterplatz, Tummelplatz, die Wielandgasse, Elisabethnergasse, Teile der Schubertstraße und der Karl-Franzens-Universität sowie die Annenstraße als Hitze-Hotspots aus.

Außer Diskussion steht, dass Phasen mit länger anhaltender, extremer Hitze besonders für Kinder, ältere und kranke Menschen gesundheitsgefährdende Auswirkungen haben können. In Graz verzeichnete man bis Ende August 2021 insgesamt 24 Hitzetage (2), wobei es vergleichsweise in der Klimaperiode 1961 – 1990 noch 3,7 Hitzetage pro Sommer waren.*

Die vorliegenden stadtklimatischen Messdaten zu den Grazer Hitze-Hotspots sehe ich als Handlungsauftrag an die politischen Entscheidungsträger:innen. Mittel u.-langfristig sind Maßnahmen wie Fassadenbegrünungen, Baumpflanzungen oder etwa das Anlegen von Rasen- und Wasserflächen zur Kühlung der ausgewiesenen Hitze-Hotspots zu planen, doch es braucht bereits diesen Sommer eine schnelle Lösung, zumindest für die Hitze-Hotspot-Plätze.

Eine kostengünstige und mobile Lösung für die größeren Grazer Plätze könnte beispielsweise in der Montage von Verschattungselementen liegen. Um die Aufenthaltsqualität auf den Grazer Stadtplätzen zu erhöhen, stelle ich daher gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates den

dringlichen Antrag:

- 1. Die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen die Montage mobiler Verschattungselemente in Erwägung ziehen, um die Hitze-Hotspots laut KIS-Analyse, aber auch den Grazer Hauptplatz zu kühlen und derart die urbane Aufenthaltsqualität zu verbessern.*
- 2. Die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen auch prüfen, die verschatteten Zonen mit mobilen Pflanztrögen und Sitzbänken auszustatten.*

3. Dem Gemeinderat ist längstens in der Juni-Gemeinderatssitzung darüber Bericht zu erstatten.



(*3)_Symbolfoto

StR Mag. **Krotzer:**

Vielen Dank. Damit ist die Debatte zur Dringlichkeit eröffnet und mitunter auch schon wieder geschlossen. Auch kein Schlusswort, dann stimmen wir die Dringlichkeit des Themas ab.

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

GR DI **Ram:**

Sehr geehrte Stadtregierung, liebe Grazerinnen und Grazer, liebe Sabine Reininghaus. Ich nehme den Ball dankbar an.

Ich glaube, du hast schon ausreichend ausgeführt, es gibt ausreichend Fakten, die den Klimawandel in Graz belegen und der ist eben, im Gegensatz zu (*unverständlich*), wenn man von 1,1 Grad ausgeht, innerstädtisch schon bei 2,3 Grad, und das ist die Messstation bei der Uni, die uns seit 1960 jährlich die Durchschnittstemperatur misst, also die ist gestiegen von jährlich 9 Grad auf 11,3 Grad. Nachdem wir davon ausgehen können, dass wir weiterhin CO₂ emittieren und dass in den nächsten wahrscheinlich 10-20 Jahre nicht zu Null führen können und werden, ist davon auszugehen, dass

gerade im innerstädtischen Bereich die Temperaturen noch stark ansteigen werden mit sehr vielen negativen Konsequenzen. Ich glaube, du hast schon einiges ausgeführt, ich glaube, auf die Bereiche, auf die wir noch eingehen sollten. Wir reden da auf jeden Fall auch darüber, es gibt viel mehr Hitzetage, damit ein erhöhtes Risiko für Risikogruppen, die eben darunter leiden, bis hin zu möglichen Todesfällen und vom Extremwetter angewiesen, die das brauchen, dass man natürlich dann wieder Kanäle weiter ausbaut etc. etc., es wieder zu dem führt, dass wir große Investitionen tragen müssen. Das sind alles Dinge, die wir jetzt schon tun müssen, weil das alles gerade passiert. Dein Vorschlag ist auf jeden Fall etwas, was wir tun sollten, gerade wenn wir wieder darüber reden von Wirtschaft in der Innenstadt, dann kann man sich vorstellen, bei plus 30 Grad in der Innenstadt sich aufzuhalten und da habe ich ein bisschen einen anderen Eindruck, weil es geheißen hat, Graz ist so schön und so grün. Ist es in vielen Bereichen, aber es gibt einige Straßenzüge in Graz, wo man keinen einzigen Baum sieht und wo es keine Beschattung gibt und diese Straßen, wo Menschen leben und das aushalten müssen im Sommer. Und da haben wir riesengroße Aufgaben vor uns, und für was ich eigentlich Werbung machen will, ist, dass wir jetzt weiter beherzt vorgehen und die Dinge tun, die notwendig sind, um eben in dem Klimawandel ein paar so wichtige Schritte zu setzen. Und das ist eine Grünraumoffensive, indem wir den Grünraum sichern, es ist eine Entsiegelung, mit der wir Flächen schaffen im Rahmen der Schwammstadt, wo eben bei Extremereignissen die Stadt das Wasser aufsaugen kann, es sind natürlich Bäume zu pflanzen und das braucht natürlich auch Platz, und alle diese Dinge sehr schnell zu tun, beherzt zu tun und hoffentlich mit einer großen Zustimmung von diesem ganzen Haus hier zu tun. Dankeschön. *(Appl.)*

GRⁱⁿ Heinrichs:

Sehr geehrte Stadtregierung, liebe Damen und Herren, lieber Kollege David Ram. Du hast mir jetzt inhaltlich alles vorweggenommen, daher mache ich es sehr kurz. Ich möchte mich bei dir, liebe Sabine, vielmals bedanken für diesen tollen und dringlichen Antrag, dem wir insofern gerne zustimmen. Ich habe selbst vor Jahren Initiativen

gemacht und ich kann mich erinnern an eine Aussendung mit dem Titel „Bratpfandl Jakominiplatz“, mittlerweile haben wir viele solche. Danke für die Initiative. Perfekt. Danke. *(Appl.)*

KO GR Mag. Pascuttini:

Hoher Gemeinderat, liebe Antragstellerin. Ja, ganz kurz, wir halten das für vernünftig, deine Idee ist gut, da werden wir mitgehen. Du bist scheinbar nicht nur im Beruflichen eine Expertin für Beschattung, sondern auch hier im Politischen. Ich muss aber dazu sagen, den Witz hat jemand anderer kreiert, ich habe den jetzt nur vortragen dürfen, ich möchte mich nicht mit fremden Federn schmücken. Ja, ist eine gute Idee, wobei ich mich immer wieder wundere, was man auf ein paar Zeilen oder auf ein paar Seiten Papier alles reinlesen kann. Vor allem, lieber Kollege Ram, ich habe weder die Schwammstadt gefunden noch das Bäumepflanzen, aber das ist ja das Schöne hier im Haus, man kann ja alles in diese Seiten hineininterpretieren. Über das Bäumepflanzen und Bäumeschützen reden wir später noch, da habe ich dann etwas mitgebracht.

(Appl.)

StR Mag. Krotzer:

Wenn es keine weiteren Wortmeldungen gibt, dann darf ich der lieben Antragstellerin, es ist kein mobiles Beschattungselement, aber ein mobiles Kühlungselement, nämlich vom Gesundheitsamt der Stadt Graz gibt es wieder neu die kühlenden Becher mit den Hitzetipps, und da darf ich dir eins geben und alle, die dann noch gerne eines haben wollen, mögen hier zugreifen. *(Appl.)*

(StR Mag. Krotzer übergibt GRⁱⁿ Reininghaus einen Fächer.)

GRⁱⁿ **Reininghaus:**

Ja, es zeichnet sich eine breite Zustimmung ab. Ich freue mich wahnsinnig und es ist auch egal, ob Sie jetzt von Schwammstadt gesprochen haben oder nicht, also ich finde, das ist eine gute Geschichte. Wir werden alle unter diesen Segeln sitzen und auf ein grünes Bäumchen schauen und einen Kaffee trinken, einen Coffee to go. Danke vielmals. *(Appl.)*

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

8.6 Grillverbot Auwiesen (GR Günter Wagner, FPÖ)

GR Günter **Wagner:**

Hoher Gemeinderat. Und täglich grüßt das Murmeltier, wir haben wieder einmal die Auwiesen am Programm. Warum haben wir die am Programm, weil die Grillsaison bereits wieder gestartet hat. Es ist zwar noch kalt und der Betrieb ist ein noch nicht so sehr großer, aber es wird bereits wieder gegrillt und wir wissen ja, in welchen Zuständen und Umständen das dann die letzten 1 ½ Jahre dann ausgefertigt ist das Ganze. Um da nicht weiter zuzuwarten, braucht es diesen Antrag und wie sagt man so schön, wie ihr das beim Verkehr so gerne macht, manche muss man halt ein bisschen zum Glück zwingen, dass es dann eine Lösung gibt und das soll auch dieser Antrag somit darstellen. Ich bin da relativ regelmäßig im Austausch mit den Anrainern und ihr wart ja, glaube ich, selbst im September, da gab es diese Bürgerveranstaltung, die teils heftige Diskussionen vorgebracht hat, weil die Leute natürlich nach so langer Zeit schon Unmut haben, aber durchaus auch konstruktiv von einigen Anrainern dort Vorschläge gekommen sind. Grundsätzlich ist es sehr eigenartig in meinen Augen, dass dort Grillen mit offenem Feuer überhaupt erlaubt ist, zumal zum einen es ja ein Verbot von Brauchtuumsfeuern in Graz gibt und zum anderen die Waldbrandverordnung auch

in Kraft ist, die das Feuer rund um Wälder und in der Nähe von Wäldern untersagt, und ich weiß nicht, wie viel näher man am Wald noch sein muss, aber mein Empfinden ist, es ist da schon ziemlich nah. Das Problem dort ist, dass sich ja leider das Grillverhalten nicht auf diese betonierten Flächen einschränkt, sondern dass es eben immer wieder vorkommt oder vorgekommen ist, dass da natürlich selber Griller mitgebracht werden, die ganz woanders positioniert werden, dass mitten auf einer trockenen Wiese gegrillt wird und das ist einfach grundsätzlich gefährlich und nicht gescheit. Wichtig ist gerade für uns alle, dass es da eine ordentliche Lösung gibt, dass es andere Standorte gibt, die man jetzt inzwischen, hat man eh in der Zeitung gelesen, auch jetzt suchen möchte. Geheißen hat es, dass im ersten Quartal bereits eine fertige Lösung da sein wird, so bei diesem September-Termin, zumindest der Wortlaut auch zu meinem dringlichen Antrag, den ich ja danach gestellt habe, da hat es genau diese Aussagen gegeben, dass man sich darum kümmern wird. Passiert ist in Wahrheit nichts, bis auf das, dass vor ein paar Tagen jetzt in der Zeitung ein paar Ankündigungen jetzt einmal in den Raum gestellt wurden. Aber grundsätzlich ist noch keine Lösung da und genau deshalb, solange es keine angemessene Lösung gibt, kommt folgender dringlicher Antrag: Der Gemeinderat wolle beschließen, ein Grillverbot mit offenem Feuer auf den Grazer Auwiesen umzusetzen. Ich bitte um Annahme.

Originaltext des Antrages:

Die Grillsaison hat bereits gestartet und es ist schon bald wieder mit unzumutbaren Zuständen auf den Auwiesen zu rechnen. Beklagt werden herumliegender Müll, Lärm- und Emissionsbelästigungen sowie die Brandgefahr. Die Brandgefahr ist insofern von besonderer Relevanz, da in Graz ein Verbot von Brauchtumsfeuern besteht. Es ist nicht nachvollziehbar, warum das Entzünden eines Feuers zur Brauchtumpflege verboten, aber gleichzeitig das Grillen mit offenem Feuer im öffentlichen Raum erlaubt ist.

Des Weiteren ist eine Waldbrandverordnung in Kraft, welche das Feuerentzünden in den Grazer Waldgebieten sowie in der Nähe der Wälder untersagt.

Im September des vorigen Jahres wurde ein Lösungsansatz der freiheitlichen Partei abgelehnt und stattdessen ein Abänderungsantrag beschlossen. Dieser beinhaltete die Entwicklung eines umfassenden Maßnahmenpaketes bis zum 1. Quartal 2023 und die Präsentation der Ergebnisse in Form einer Informationsveranstaltung. Da die Umsetzung dieses Antrages bisher ausblieb, sehen wir erneut dringenden Handlungsbedarf. Solange keine angemessene Lösung im Sinne der Anrainer existiert, ist es aus unserer Sicht notwendig, ein Grillverbot auf den Auwiesen zu beschließen.

Namens des freiheitlichen Gemeinderates Günter Wagner ergeht daher nachfolgender

dringlicher Antrag

gem. § 18 der GO des Gemeinderats

der Landeshauptstadt Graz:

Der Gemeinderat wolle beschließen, ein Grillverbot mit offenem Feuer auf den Grazer Auwiesen umzusetzen.

StRⁱⁿ Schönbacher:

Ja, also dieses Grillverbot ist wirklich dringend. Ich war vor zwei Tagen am Abend bei den Auwiesen und habe mit den Bewohnern gesprochen und mir das dort angeschaut. Es sind die Grillplätze zwar eingezäunt, aber es gibt dort zwei verschiedene Arten von Menschen, die einen sind einfach normal, die halten sich an alles; und leider die Mehrheit sind die Ignoranten, denen das nämlich alles wurscht ist, ob es dort Vorgaben, Gesetze, Kontrollen, Nachbarschaft, Anrainer oder Sonstiges gibt. Weil leider verhalten sie sich wirklich unglaublich ignorant, weil sie nehmen alles in Beschlag, trotzdem das Gelände teilweise abgesperrt ist, parken sie alles voll, von den

Privatparkparkplätzen der Siedlung bis zu den Auwiesen hinein wird geparkt, bei der Unterführung sind drei Monate lang in der Unterführung Raketen abgefeuert worden, das kann man sich natürlich vorstellen, man glaubt, man ist mitten im Krieg, wenn das passiert mitten in der Nacht. Jetzt hast du nicht nur den Gestank, den du in die Wohnung kriegst, sondern auch noch den argen Lärm, wo Kinder, Erwachsene, Tiere und die in der Umgebung extrem verschreckt werden, das ist einfach nicht einzusehen. Die Grillplätze sind eingezäunt, aber sich selbst Grillplätze zu organisieren, wild zu grillen, illegal zu grillen und Feuer zu machen, das geht einfach nicht. Was auch nicht geht ist, dass die Bauern rundherum, die Holz verkaufen, sich jetzt einen Zaun machen müssten, weil sie regelmäßig bestohlen werden, weil die Leute sich ein Holz suchen, was sie nicht Prozessfeuer, nämlich grillen wollen damit, sondern einfach nur Feiern wollen damit oder ein Feuer machen zum Spaß, keine Ahnung, sie ignorieren, wie gesagt, alles. Es schaut dort aus, furchtbar. Es liegt Sperrmüll herum, es liegen Teppiche herum, die Leute kommen ja mit Zelten, Teppichen und allem Drum und Dran und alles, was dann schiach wird oder sie nicht mehr brauchen können, lassen sie einfachen dann vor Ort liegen. Schön für die anderen Spaziergänger, die sich nämlich normal verhalten, die das Gelände auch benutzen wollen, dass sie das mitanschauen müssen, geschweige denn, wie die Toiletten am Wagen ausschauen. Es ist zwar positiv, dass sie anscheinend rund um die Uhr offen haben und doch nicht so geschlossen werden, wie angegeben, aber sie schauen dementsprechend aus. Das einzige Positive, was mir die Bewohner mitgeteilt haben, war, dass wirklich dreimal am Tag der Müll abgeholt wird und das, was die Leute einfach nehmen, in den Mistkübel schmeißen oder einfach liegen lassen, wird dann wenigstens weggeräumt, dass man soweit wenigstens ein bisschen für Sauberkeit sorgt, wobei die kommen dreimal am Tag und da schaut es jedes Mal leider so aus. Also ich habe gedacht, dass, wenn das abgesperrt wird, dass, wenn eine Baustelle ist, dass es nicht so wild ausschaut. Aber das sind dort wirklich Zustände und ich sage einmal der, der normal ist, der das gerne nutzen möchte, der geht wahrscheinlich freiwillig dort überhaupt nicht mehr hin, weil er sich über die Ignoranten derart ärgert, dass man dann eh schon nicht mehr weiß, wie man dann auf das reagiert. Zusätzlich möchte ich noch sagen, die, die das kontrollieren

sollen, die Ordnungswache und auch die Polizei, die haben auch schon resigniert, weil sie einfach nicht ankommen, weil sie nicht verstanden werden, die Leute das ignorieren. Was sollen sie denn machen mit denen, sollen sie die dann abführen, das geht ja auch nicht. Deswegen ist das einfach eine unmögliche Situation, total dringend, dass man da etwas dagegen tut, weil alle Maßnahmen nicht gewirkt haben, um wirklich die Anwohner in der Umgebung zu entlasten.

GR Huber:

Hohe Stadtregierung, werte Kolleginnen und Kollegen. Ja, wir besprechen da wirklich ein sehr, sehr wichtiges Thema, weil das ein sehr nerviges Thema für alle Anrainerinnen und Anrainer ist und ich möchte mich da an dieser Stelle bei unserem Bezirksvorsteher Christian Kvas bedanken, der da wirklich in gutem Austausch mit den Anrainer:innen ist, um da eine Lösung zu finden, die für alle zufriedenstellend ist. Ich glaube, wir müssen da nicht wirklich gleich etwas verbieten, aber wir müssen zu einer Lösung kommen, die vor allem für Anrainer passt. Und wenn ich mich da richtig erinnere, wir haben da im September diese Bezirksversammlung zusammen besucht, da bist du ja im Kreuzverhör der Kritik gestanden und da ist ja dann von der Stadtregierung ein Arbeitskreis angekündigt worden, wo man da eine Lösung finden, also ich glaube, das wäre jetzt der richtige Zeitpunkt, dass man mit diesem Arbeitskreis startet bzw. wenn der schon stattgefunden hat, könntet ihr kurz berichten, was da rausgekommen ist? Ich würde einfach anbieten, dass wir als ÖVP da sehr, sehr gerne mitarbeiten und konstruktiv eine Lösung für alle finden. Dankeschön.

GR Günter Wagner:

Da sich eine klare Mehrheit abzeichnet, möchte ich dann doch noch ein, zwei Dinge darüber verlieren. Wie gesagt, der Ansatz soll ja auch sein, dass da eine Lösung gefunden wird und 1 ½ Jahre lang sind die Leute da schon getröstet worden und insofern muss man ja wirklich sagen, habe ich heute rausgehört, auch von der Frau

Vizebürgermeisterin, dass Buschmaßnahmen in gewissen Bereichen sehr erwünscht sind. Was den Verkehr angeht, ist sich dieses Verbot auch als Buschmaßnahme, und zwar der Regierung gegenüber, und zwar, dass man dann ins Tun kommt und es insofern so lange verbietet, bis man dann endlich eine Lösung hat. Weil jetzt dann die nächsten Monate auf eine Lösung hinzuarbeiten und dadurch in Kauf zu nehmen, dass die Anrainer einfach monatelang wieder warten sollen, das sehe ich jetzt nicht mehr hinnehmbar und dementsprechend auch dieser Antrag. Danke.

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

StR Eber:

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, sehr geehrter Herr Vorsitzender. Danke für diesen interessanten und herausfordernden Antrag. Wie ich den Antrag zunächst einmal nur ganz flüchtig überflogen habe, und zwar nur den Antragstext, habe ich mir gedacht, das ist ein bisschen seltsam, ein Grillverbot auf einer Grillwiese, kommt ein bisschen komisch, aber dann habe ich es mir doch genauer durchgelesen und das war dann doch herausfordernd, was da alles dahintersteckt nämlich. Zunächst einmal wurde darauf hingewiesen, dass wir eine Waldbrandverordnung in Graz haben und warum ist dann das Grillen oder mit offenem Feuer dort nicht verboten? Tatsächlich ist es so, dass man da natürlich dann auch noch berücksichtigen muss das Forstgesetz von 1975 in seiner geltenden Fassung, das durchaus interessant ist. Dort heißt es nämlich, dass natürlich im Wald selbst, aber auch in der Kampfzone des Waldes, das heißt so, das ist der Waldrand dann, und auch im Gefährdungsbereich das Grillen oder offenes Feuer und auch Rauchen unter Umständen verboten ist. Es gibt allerdings eine gewichtige Ausnahme, ausdrücklich Feuer machen darf dort der Grundstückseigentümer und die von ihm Beauftragten bzw. Befugten, und das sind alle Grazer und Grazerinnen bzw. alle, die dieses Grundstück nutzen wollen, also von daher ist es da ein bisschen schwierig. In der Vergangenheit oder im vergangenen Jahr zumindest war es ja so, dass das Sicherheitsmanagement der Stadt Graz geschaut hat, was sagt die ZAMG, was

sagen die dazu, und erst wenn die eine Waldbrandwarnung ausgesprochen haben, dann hat auch die Stadt Graz hier auf diesem Gebiet ein Grillverbot erlassen. Deswegen werden wir dem Antrag inhaltlich nicht zustimmen. Aber es ist richtig, wie auch unter anderem der Kollege Huber gesagt hat, was die Stadtteilversammlung anbelangt, Arbeitskreis, wie auch immer, selbstverständlich stehen wir nach wie vor dazu und werden natürlich auch die Fraktionen und Parteien hier im Gemeinderat an einen Runden Tisch bitten und da ist jetzt die Terminabstimmung, sollte meines Wissens jetzt gerade auch erfolgen. Es ist in der Zwischenzeit aber tatsächlich etwas passiert, nämlich die Abteilung für Immobilien wurde von mir beauftragt, hier bereits entsprechende Vorarbeiten zu machen und es hat im Februar eine interne Besprechung gegeben mit Vertretern der Abteilung für Immobilien, der Abteilung für Grünraum und Gewässer, der GBG, der Ordnungswache, des Sicherheitsmanagements, der GPS sowie einem Vertreter des Bezirksrats Liebenau, um hier eben Überlegungen zumindest für einen Runden Tisch zu machen, was kann man dort überhaupt schon bereits vorschlagen. Heraus kristallisiert haben sich dann folgende, ich nenne es jetzt einmal noch, Ideen, wird man dann sehen, wie das in der Diskussion dann auch behandelt wird. Zunächst einmal soll auch das Umweltamt miteinbezogen werden, um Emissionsmessungen durchzuführen und Fakten über die tatsächlichen Lärmbelästigungen zu schaffen. Es soll das GPS beauftragt werden, verstärkt dort tätig zu sein, insbesondere auch nach den „normalen“ Betriebszeiten der Ordnungswache, also durchaus in den Nachtstunden, insbesondere natürlich am Wochenende, um zu kontrollieren und illegale Feuer in den Nachtstunden tatsächlich dann zu verbieten. Ich beeile mich, es wird auch der Verein Sicher Leben in Graz, den ja viele von euch kennen, beauftragt, hier gemeinsam zur Sicherheitsarbeit beizutragen und es wird mit dem Straßenamt und der Gemeinde Gössendorf an einer Parkplatzlösung gearbeitet, die eben an diesem Runden Tisch dann auch vorgelegt werden soll. Danke. (Appl.)

KO GR Mag. **Pascuttini:**

Hoher Gemeinderat, werter Antragsteller, werte Stadtregierung. Ja wenn es ein Problem länger gibt und es lässt sich auch durch gutes Zureden nicht lösen, dann braucht es irgendwann dann auch Maßnahmen, die greifen und ich glaube, das zeigt einfach auch die Bezirksversammlung, die es im September gegeben hat. Die Anrainer dort haben die Schnauze voll von dem Lärm, von dem Chaos und auch von den Verschmutzungen der Luft, die Sie ja sonst immer ins Treffen führen. Und ich bin schon etwas irritiert, wenn ich sehe, dass Graz als einziger Bezirk in der Steiermark Brauchtumsfeuer verbietet, da sagt man, das ist in Ordnung. Und glauben Sie mir, mir geht es nicht darum, dass jeder im Gemeindebau oder jeder in einer kleinen Wohnsiedlung in Graz seinen ganzen Dreck abbrennt, aber man könnte schon pro Bezirk ein paar Brauchtumsfeuer erlauben, damit man einfach diese Traditionen noch fördert. Das ist nicht möglich, aber bei der Auwiese schaut man zu, wie dort tatsächlich gegrillt wird, und ich war ein paarmal dort, ich habe gesehen, da wird nicht nur mit Holz gegrillt, zum späteren Verlauf des Abends haut man alles rein, auch die Plastikflaschen schaut man an, wie die brennen. Es funktioniert dort also nicht. Und deswegen, das Verbot geht ja schon in die richtige Richtung, nur ich finde es nur konsequent, wenn man etwas verbietet und man weiß, die halten sich nicht dran, dass man dann gleich einmal voll reinfährt in diese Thematik und auch diese Grillplätze abträgt, um dann in einem weiteren Schritt einmal ein attraktives Nutzungs- und Freizeitkonzept dort zu entwickeln unter maximaler Berücksichtigung der Interessen der Anrainer. Was ich gemerkt habe, wie dieses Thema im September groß geworden ist, da haben sich sehr, sehr viele Menschen bei uns gemeldet aus ganz anderen Bezirken und die haben gesagt, o großer Gott, wir haben ja auch eine freie Fläche bei uns in der Nähe und möglicherweise kriegen wir das auch, weil damals haben Sie Herr Finanzstadtrat, glaube ich, versprochen, dass es auch andere Grillplätze geben wird, quer über die Stadt verteilt, und die Anrainer haben da nirgendwo eine Freude damit. Ich kenne das schon, ja, ich fahre eh gerne hin, ich fahre gerne ins Stadion Liebenau, nur neben meinem Wohngebiet hätte ich es halt nicht gerne, den Lärm und den Dreck und alles Mögliche. Und so ist es halt auch mit diesen Grillplätzen. Also es hat sich

gezeigt in den letzten Jahren, das hat sich nicht bewährt, ich denke, wir sollten da jetzt einmal den Schlusstrich ziehen, diese Grillplätze abtragen und dann wirklich in Zusammenhang mit den Anrainern ein attraktives Nutzungs- und Freizeitkonzept entwickeln, das ist ja dort eigentlich ganz schön, wenn nicht die ganze Zeit es noch stinkt oder lärmt oder was auch immer, deswegen würde ich bitten, dem folgenden Abänderungsantrag zuzustimmen: Der Gemeinderat der Stadt Graz möge beschließen: Die Grillplätze bei den Auwiesen sind abzutragen und durch ein attraktives Nutzungs- und Freizeitkonzept unter maximaler Berücksichtigung der Interessen der Anrainer zu ersetzen. Vielen Dank. (Appl.)

Originaltext des Antrages:

Da die Stadtregierung bisher nicht auf die Problematik bei den Auwiesen reagiert hat, besteht nach wie vor dringender Handlungsbedarf.

Namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs stelle ich den

Abänderungsantrag,

der Gemeinderat der Stadt Graz möge beschließen:

Die Grillplätze bei den Auwiesen sind abzutragen und durch ein attraktives Nutzungs- und Freizeitkonzept unter maximaler Berücksichtigung der Interessen der Anrainer zu ersetzen.

GR Günter Wagner:

Herzlichen Dank für die Wortmeldungen, auf ein paar davon möchte ich ein bisschen eingehen. Zur Claudia, ich bin selbst ja auch ständig dort unten und, ja, die Grillplätze sind teilweise eingezäunt, aber wie du richtig gemerkt hast, es halten sich halt manche Menschen nicht an die Dinge, die vorgesehen sind und dementsprechend fehlen an dem

einen oder anderen Grillplatz bereits diese Abzäunungen, die sind weg, da stehen nur mehr die Bodenständer davon und es wird heftig darauf gegrillt. Zum Alexis: Ja, wer a sagt muss auch b sagen, kann man natürlich so sehen. Ich sehe das in dem Fall nur deshalb etwas anders, weil ich sage, wir brauchen es noch nicht abtragen, weil wir noch nicht wissen, wie die Nutzung ganz genau aussieht. Wenn man feststellt, dass man diese Betonklötze dort nicht mehr braucht, weil man nicht irgendetwas anderes darauf befestigen will, kann man es natürlich abtragen. Offen habe ich den Antrag deshalb lassen und auch nichts Konkretes reingeschrieben, weil sonst das immer vorgeworfen wird, wenn man dann nicht ergebnisoffen einen Antrag stellt, sondern schon eine konkrete Forderung und zwar die nach einer höheren Strafe zum Beispiel, wenn sich da jemand aufführt, so wie er es gerne hätte, dem ist dann auch eine Absage erteilt worden, und deshalb offen. Interessant finde ich natürlich die Ausführungen von Herrn Stadtrat Eber, der ja vor sechs Monaten eben bei dieser Stadtteilversammlung dann selbst dabei war und jetzt habe ich genau den Wortlaut „und dann“, ja, das „und dann“ ist im September des Vorjahres auch schon gesagt worden und es hat eigentlich geheißen und dann tun wir etwas und im März ist etwas passiert, jetzt ist die Grillsaison da. Definitiv ist aber noch keine Lösung da, weil jetzt werden Emissionen gemessen, finde ich auch interessant, also ich darf keinen Festbrennstoffofen haben, bei einem Motor taugen euch die Emissionen auch nicht, wenn da jetzt Kastentüren und Teppiche teilweise abgefackelt werden, dann ist das eigentlich überhaupt kein Problem. Wie gesagt, da, glaube ich, drückt jetzt der Schuh schon relativ lang, da kann man jetzt einfach einmal über den Schatten springen und sich einfach selbst ein Zeitlimit geben, diesem Antrag zustimmen und dann wirklich ins Tun kommen und vielleicht gibt es die Lösung bis zur nächsten Sitzung, weil dann könnten wir den wieder aufheben. Danke.

Der Abänderungsantrag (KFG) wurde abgelehnt.

Der Antrag wurde abgelehnt (gegen KFG, FPÖ, Lohr).

Ende der dringlichen Anträge: 20.08 Uhr

StR Mag. **Krotzer:**

Wer jetzt hoffnungsfroh denkt, die dringlichen Anträge sind fertig, es geht dem Ende zu, den muss ich leider enttäuschen, wir kommen wieder zurück zur Tagesordnung.